

Bei diesem Stand der Erörterungen mußte das Gespräch abgebrochen werden, da der Herr Bundeskanzler zu einer Besprechung mit Premierminister Wilson (im größeren Kreis)²⁶ erwartet wurde.

Bundeskanzleramt, AZ: 21-301 00 (56), Bd. 17

163

Gespräch des Bundesministers Schröder mit dem britischen Außenminister Stewart in London

Z A 5-43.A/66 geheim

24. Mai 1966¹

Der Herr Bundesminister des Auswärtigen traf am 24. Mai 1966 um 15 Uhr im Foreign Office mit Außenminister Stewart zu einem Gespräch in größerem Kreis zusammen, an dem Staatssekretär Professor Carstens, Botschafter Blanckenhorn, VLR I Dr. Scheske und Europaminister Thomson, Lord Hood, Mr. Barnes, Sir Con O'Neill u. a. teilnahmen.

Außenminister *Stewart* stellte einleitend fest, daß in den bisherigen Gesprächen² keine substantiellen Differenzen hinsichtlich der NATO-Frage festgestellt worden seien. Es bestehe Einvernehmen über die Form des Papiers³, das den Vierzehn vorgelegt werden solle. Dies werde am Donnerstag der kommenden Woche erfolgen, und Europaminister Thomson werde nach Paris gehen. Man hoffe, daß von deutscher Seite Staatssekretär Professor Carstens, von amerikanischer Seite Staatssekretär Ball und möglicherweise auch Staatssekretäre der übrigen Länder an der Sitzung teilnehmen werden. In dieser Sitzung solle die Sitzung der Außenminister der Vierzehn am 6. Juni⁴ vorbereitet werden, auf der dann Einvernehmen darüber erzielt werden müsse, was den Franzosen gesagt werden solle. Danach müsse die Angelegenheit zwischen dem Verhandlungsausschuß und den Franzosen behandelt werden.

26 Vgl. Dok. 164.

1 Die Gesprächsaufzeichnung wurde vom Vortragenden Legationsrat Weber am 26. Mai 1966 gefertigt.

Hat Bundesminister Schröder vorgelegen.

Ein Durchdruck hat Staatssekretär Carstens am 4. Juni 1966 vorgelegen. Vgl. VS-Bd. 434 (Büro Staatssekretär).

2 Zu den deutsch-britischen Regierungsbesprechungen vom 23. Mai 1966 vgl. Dok. 156 und Dok. 158.

3 Zum Vorschlag des Kanzlers des Herzogtums Lancaster, Thomson, über das gemeinsame Vorgehen der Vierzehn gegenüber Frankreich vgl. Dok. 155, Anm. 9.

Am 24. Mai 1966 besprach Staatssekretär Carstens, z.Z. London, den Entwurf mit dem Unterstaatssekretär im britischen Außenministerium, Lord Hood, und dem britischen Botschafter Roberts. Auf Wunsch von Carstens wurden einige Änderungen vorgenommen. Ferner bestätigte der Staatssekretär die Erwartung der Bundesregierung, daß der Posten des Oberbefehlshabers von AFCENT mit einem deutschen General besetzt werde. Vgl. dazu den Drahtbericht Nr. 1089 vom 24. Mai 1966; VS-Bd. 8485 (Ministerbüro); B 150, Aktenkopien 1966.

4 Am Vorabend der Tagung des NATO-Ministerrats traten die Außenminister der NATO-Mitgliedstaaten ohne Frankreich zu Beratungen zusammen. Vgl. Dok. 182.

Der Herr *Minister* sagte, darüber stimme man überein. Er fragte, wie nach britischer Kenntnis die Haltung anderer Länder der Vierzehn sei und wie der Fünfer-Ausschuß zusammengesetzt sein sollte. In den Gesprächen am Vortag sei von Großbritannien, den Vereinigten Staaten, Deutschland, Italien und einem fünften Land die Rede gewesen.⁵ Es stelle sich die Frage, ob das genüge oder ob die Gefahr bestehe, daß sechs oder gar noch mehr Mitglieder gewünscht würden.

Außenminister *Stewart* sagte, man könne darüber noch nicht gewiß sein. In seinen Gesprächen mit Außenminister Harmel habe dieser zu erkennen gegeben, daß er an fünf Mitglieder denke. Dies sei aber kein starrer Standpunkt. Es sei auch denkbar, daß nur ein Sprecher für die Vierzehn auftrete.⁶ Die Haltung der übrigen Länder sei noch unsicher.

Europaminister *Thomson* erklärte, die Belgier seien mit dem britischen Papier vertraut und hätten die letzte Version gesehen⁷, wozu sie einige Änderungsvorschläge gemacht hätten. Man könne aber der vollen Unterstützung der Belgier und Niederländer gewiß sein. Im Falle Italiens⁸ sei man weniger sicher. Kanada sei sehr schwankend. Man habe von den Kanadiern eine Note erhalten, in der sie die Grundsätze des Verfahrens zwar unterstützten, jedoch noch Ergänzungen vorschlugen. Sie wollten auf keinen Fall das Risiko einer unnötigen Beleidigung⁹ Frankreichs eingehen. Die Norweger nähmen einen verhältnismäßig festen Standpunkt ein, wogegen die Haltung der Dänen¹⁰ et-

⁵ Dazu bemerkte Staatssekretär Carstens, daß mit dem Unterstaatssekretär im britischen Außenministerium, Lord Hood, und dem britischen Botschafter Roberts am 24. Mai 1966 Einigkeit darüber bestanden habe, daß die Verhandlungen von einer Gruppe aus fünf Staaten, vertreten durch ihre Ständigen Vertreter, geführt werden solle, wobei offen gelassen worden sei, welcher Staat außer den USA, Großbritannien, Italien und der Bundesrepublik noch Mitglied sein solle. Carstens regte an, keinen festen Vorsitz zu bestimmen. Die Verhandlungen sollten sich auf die militärischen Fragen im Zusammenhang mit dem Rückzug Frankreichs aus der NATO-Integration beziehen. Vgl. den Drahtbericht Nr. 1089 vom 24. Mai 1966; VS-Bd. 8485 (Ministerbüro); B 150, Aktenkopien 1966.

⁶ Vgl. dazu Dok. 137, Anm. 9.

⁷ Am 18. Mai 1966 informierte Gesandter von Lilienfeld, Washington, daß während des Besuchs des Kanzlers des Herzogtums Lancaster, Thomson, in Washington das Papier auch dem belgischen Außenminister Harmel, der sich zu diesem Zeitpunkt ebenfalls in der amerikanischen Hauptstadt aufgehalten habe, „ad personam zur Information“ übergeben worden sei. Vgl. den Drahtbericht Nr. 1192; VS-Bd. 8485 (Ministerbüro); B 150, Aktenkopien 1966.

⁸ Am 27. Mai 1966 übermittelte Botschafter Herwarth von Bittenfeld, Rom, Informationen aus einem Gespräch mit dem diplomatischen Berater des Staatspräsidenten Saragat. Malfatti führte aus, der britische Vorschlag werde auf Staatspräsident de Gaulle „wie ein rotes Tuch“ wirken. Dagegen komme es jetzt darauf an, „das Schlimmste zu vermeiden und auf Zeit zu arbeiten“. Es sei wichtig, die Verbindungen zwischen Frankreich und der NATO „auch unter Opfern“ aufrechtzuerhalten. Die Bundesrepublik und Italien sollten sich nicht von den USA und Großbritannien verschießen lassen, „um die Kastanien aus dem Feuer zu holen“. Vgl. den Drahtbericht Nr. 353; VS-Bd. 8485 (Ministerbüro); B 150, Aktenkopien 1966.

⁹ Dieses Wort wurde von Bundesminister Schröder hervorgehoben. Dazu Ausrufezeichen.

¹⁰ Am 31. Mai 1966 führte der dänische Gesandte Thorsen gegenüber Ministerialdirigent Ruete aus, die dänische Regierung habe „große Schwierigkeiten, den generellen Tenor“ des britischen Vorschlags zu billigen, und bezweifle die juristische Haltbarkeit wie die politische Zweckmäßigkeit. Sie sei auch nicht bereit, auf der Tagung des NATO-Ministerrats in Brüssel am 7./8. Juni 1966 zur Frage der Sitzverlegung des Ständigen NATO-Rats Stellung zu nehmen. Ferner bestünden „größte Bedenken hinsichtlich des Verlaufs der Brüsseler Sitzung, falls das Frankreich zu übergebende Papier nicht vorher mit den Franzosen abgesprochen würde“. Die dänische Regierung „sei nicht gewillt, als „rubber stamp“ für das Britische Papier zu fungieren“. Vgl. VS-Bd. 8496 (Ministerbüro); B 150, Aktenkopien 1966.

wa der der Italiener gleiche. Fest seien auch die Türken und die Griechen, den Portugiesen¹¹ gehe es jedoch vor allem darum, ihre sonstigen Beschwerden vorzubringen, und die NATO-Fragen träten hinter diesen zurück. Man müsse damit rechnen, daß Herr Nogueira bei der Sitzung der Vierzehn eine lange Erklärung abgeben werde.

Außenminister *Stewart* war der Auffassung, daß die Italiener, Kanadier und Dänen schließlich doch den Grundzügen des Papiers zustimmen würden, wenngleich sie im Augenblick noch zögernd seien. Auf alle Fälle müsse man sich vor der Gefahr hüten, daß es am 6. Juni in Brüssel nicht zu einer Einigung komme.

Europaminister *Thomson* hielt es für möglich, daß die Italiener mitmachten, vor allem wenn vorgeschlagen werde, daß sie in dem Verhandlungsausschuß vertreten seien. Er glaube auch, daß die Dänen sich anschließen würden. Am schwächsten sei die Position der Kanadier, was auf innenpolitische Rücksichtnahmen zurückzuführen sei.

Auf die Frage des Herrn *Ministers*, was in der Zwischenzeit getan werden könnte, erwiderte Europaminister *Thomson*, den Italienern gegenüber sei eine gewisse aktive Ermunterung wahrscheinlich angezeigt.

Der Herr *Minister* fragte, ob man es britischerseits für wahrscheinlich halte, daß die NATO-Botschafter über die Beteiligung von Ministern am Donnerstag der kommenden Woche begeistert seien.

Lord Hood bezweifelte, ob mehr Minister an der Sitzung teilnehmen würden, als Staatssekretär Carstens, Staatssekretär Ball, Europaminister *Thomson* und vielleicht ein norwegischer Minister. Der britische NATO-Vertreter sei jedenfalls der Auffassung, daß die Anwesenheit von Herrn *Thomson* seine Position stärken würde.

Wie der Herr *Minister* bemerkte, habe man deutscherseits die britische Auffassung unterstützt.

Außenminister *Stewart* bemerkte, hinsichtlich des fünften Mitglieds im Verhandlungsausschuß müßte man sehen, welche Vorschläge gemacht würden. Britischerseits werde man nicht versuchen, eine bestimmte Lösung durchzusetzen.

Wie der Herr *Minister* bemerkte, glaube er, daß die Belgier daran interessiert sein könnten, da sie eine gewisse Tradition fortzusetzen wünschten.¹²

Außenminister *Stewart* gab der Hoffnung Ausdruck, daß man die Italiener gewinnen könne.

Der Herr *Minister* sagte, vielleicht könne man darüber auch mit Saragat oder Moro sprechen, die beide die bisher ausgearbeitete Linie unterstützten.¹³ Lei-

11 Zur portugiesischen Haltung in der NATO-Krise vgl. Dok. 81 und Dok. 83.

12 Am 1. Juni 1966 informierte Botschafter Grewe, Paris (NATO), daß am Vortag eine Einigung über die Zusammensetzung der Verhandlungsgruppe zustande gekommen sei. Bei einer Besprechung der Außenminister der Benelux-Staaten habe Einvernehmen darüber erzielt werden können, in der Erklärung gegenüber Frankreich weiterhin von „Benelux“ zu sprechen, im übrigen aber die Niederlande als fünftes Mitglied der Gruppe zu entsenden. Vgl. den Drahtbericht Nr. 1068; VS-Bd. 2396 (I A 1); B 150, Aktenkopien 1966.

13 Vgl. dazu Dok. 170.

der sei Moros Besuch auf Ende Juni verschoben worden¹⁴, was für diesen Zweck zu spät sei. Er selbst habe sich zu einem Besuch in Italien bereit erklärt, woraus aber nichts geworden sei.¹⁵

Lord Hood hielt es für klüger, Fanfani nicht zu umgehen. Er schlug vor, daß man individuell an ihn herantrete.

Der Herr *Minister* sagte, seiner Ansicht nach sei dies im Augenblick alles, was man tun könne, und im Hinblick auf mögliche Entwicklungen während der nächsten Tage sollte man in engem Kontakt bleiben.

Der Herr *Minister* erwähnte als nächstes Thema die neuen Standorte der verschiedenen NATO-Stellen. In diesem Zusammenhang wolle er darauf hinweisen, wenngleich dies nicht unmittelbar mit der Verlegung zu tun habe, daß man deutscherseits im Hinblick auf eine Straffung der Organisation einer Zusammenlegung von AFCENT, AIRCENT und LANDCENT gegenüber aufgeschlossen sei, jedoch dürfe dies nicht dazu führen, daß die Deutschen ihres einzigen Kommandopostens verlustig gingen. In anderen Worten, deutscherseits gehe man davon aus, daß man ein geeigneter Kandidat für AFCENT wäre.¹⁶ Er wolle nicht, daß das Argument der Zusammenlegung als Argument gegen einen deutschen Kommandosten benutzt werde.

Europaminister *Thomson* erklärte, es handle sich um zwei verschiedene Dinge. Außenminister *Stewart* erklärte, die Frage der Verlegung müsse unter rein sachlichen und organisatorischen Gesichtspunkten gesehen werden. Durch ihre Maßnahmen hätten die Franzosen die Gelegenheit zu einer organisatorischen Straffung gegeben. In diesem Zusammenhang sei auch zu erwägen, ob nicht der Rat aus Paris verlegt werden solle, da er aufs engste mit den militärischen Stellen zusammenarbeiten müsse.¹⁷ Dies sei eine organisatorische Notwendigkeit und dürfe nicht als Vergeltungsmaßnahme gegen die Franzosen betrachtet werden. Die Frage der Verlegung sollte nicht die andere Frage präjudizieren, wer die Kommandostelle innehaben sollte.

Der Herr *Minister* sagte, dies sei gewiß richtig, aber in einer solchen Situation würden oft die verschiedensten Argumente miteinander verknüpft werden.

Staatssekretär Professor *Carstens* wies darauf hin, daß gegen eine Verlegung des NATO-Rats aus Paris Einwände vorgebracht würden, wobei er vor allem an die Italiener denke.¹⁸

¹⁴ Der italienische Ministerpräsident besuchte vom 27. bis 29. Juni 1966 die Bundesrepublik. Für die deutsch-italienischen Regierungsbesprechungen vgl. Dok. 208 und Dok. 209.

Zur Verschiebung des Besuchs vgl. Dok. 125, Anm. 23.

¹⁵ Vgl. dazu auch Dok. 125.

¹⁶ Zur Reorganisation des NATO-Bereichs Europa Mitte und zur Forderung der Bundesregierung, den Posten des Oberbefehlshabers mit einem General der Bundeswehr zu besetzen vgl. Dok. 137, Anm. 15, und weiter Dok. 179.

¹⁷ Vgl. dazu auch Dok. 137, Anm. 13 und 14.

¹⁸ Am 11. Mai 1966 übermittelte Legationsrat I. Klasse Pfeffer, Rom, Informationen aus einem Gespräch mit dem NATO-Referenten im italienischen Außenministerium. Cagiatì erklärte, Italien wolle Frankreich „nicht stärker aus NATO herausdrängen, als de Gaulle selbst dies tue“. Die Drohung mit der Verlegung des Sitzes des NATO-Rats sei die beste Verhandlungskarte für die beiden Staaten, die durch die Entscheidungen des französischen Staatspräsidenten besonders betroffen seien, nämlich Italien und die Bundesrepublik. Die italienische Regierung wolle diese Karte keineswegs zu früh aus der Hand geben. Darüber hinaus spreche sie sich gegen eine Sitzverlegung

Außenminister *Stewart* erklärte, er habe bisher nur den Einwand gehört, daß man die Franzosen nicht unnötig vor den Kopf stoßen solle. Es sei richtig, daß die Italiener sehr gern in Paris seien, doch dürften bei dieser Frage persönliche Argumente keine ausschlaggebende Rolle spielen.

Der Herr *Minister* sagte, ihm schienen nur zwei europäische Hauptstädte unter dem Gesichtspunkt der Funktionsfähigkeit und Sicherheit geeignet.

Der Herr *Minister* erwähnte dann noch zwei weitere Punkte: die Ostkredite und die nukleare Frage. Was die erste angehe, so werde sie nicht nur innerhalb der NATO¹⁹, sondern auch besonders in der EWG²⁰ behandelt. Man bemühe sich, dabei zu einer abgestimmten Linie zu kommen, und es wäre zu begrüßen, wenn auch Großbritannien sich dieser Linie anschließen könnte.

Außenminister *Stewart* erwähnte das von deutscher Seite der Sachverständigengruppe in Bonn vorgelegte Papier, auf das bald eine englische Antwort erfolgen werde. Mengenmäßig machten die britischen Kredite an Ostdeutschland nicht viel aus. Der Handel mit Ostdeutschland belaufe sich nur auf ein Zehntel des Interzonenhandels.²¹ Diese Frage habe einen politischen Hintergrund. Wenn die britische Regierung zu einer Zeit, in der die britische Zahlungsbilanzlage sehr ernst sei und man sich deshalb um Exportmöglichkeiten bemühe, den Eindruck erwecke, als begebe sie sich solcher Möglichkeiten, und zwar auf Ersuchen der Bundesregierung, so würde dies unweigerlich in der Öffentlichkeit zu Folgen führen, die nicht gut wären. Er befürchte, daß das Ausmaß der hieraus entstehenden politischen Schwierigkeiten durch die Bedeutung des Problems keineswegs gerechtfertigt wäre.

Der Herr *Minister* erläuterte, daß das SBZ-Problem zwar einen nicht unwesentlichen Sektor darstelle, er aber an die osteuropäischen Länder im allgemeinen denke. Innerhalb der EWG scheine eine gemeinsame Linie zustande zu kommen²², und es sollte für Großbritannien nicht schwierig sein, sich ihr anzuschließen, da sie genereller Natur sei.

Fortsetzung Fußnote von Seite 691

nach London aus. Großbritannien versuche derzeit, das Engagement der USA in Südostasien und die „Selbstausschaltung Frankreichs“ zu benutzen, um eine „Führungsrolle im europäischen Bereich der NATO zu übernehmen“. Vgl. den Drahtbericht Nr. 315; VS-Bd. 2396 (I A 1); B 150, Aktenkopien 1966.

19 Im Laufe des Jahres 1965 wuchs die Besorgnis der Bundesregierung, das steigende Handelsvolumen westlicher Staaten mit der DDR beeinträchtige die Stellung des Interzonenhandels und den Alleinvertretungsanspruch der Bundesrepublik. In zwei Sondersitzungen der Bonner Vierergruppe pe 19. Juli und 9. September 1965 erklärten die USA und Frankreich die Bereitschaft, die Empfehlung der Bundesregierung an die NATO-Staaten, auf staatliche Lieferkredite zu verzichten, zu unterstützen. Großbritannien verwies dagegen auf die Geringfügigkeit des Kreditvolumens und äußerte den Standpunkt, daß kein Anlaß bestehe, „den britischen Exporteuren die derzeit gewährten Erleichterungen zu entziehen“. Vgl. die Aufzeichnung des Referats II A 1 vom 10. September 1965; AAPD 1965, III, Dok. 347.

20 Auf Initiative der Bundesregierung beschäftigte sich der EWG-Ministerrat am 2. März 1965 mit dem Thema. Es gelang jedoch nicht, eine einheitliche Kreditpolitik zu formulieren. Am 10. März 1965 wurde in einer Besprechung unter Vorsitz des Bundeskanzlers Erhard beschlossen, bis auf weiteres Bundesbürgschaften für Kredite mit einer Laufzeit bis zu fünf Jahren für Ausfuhrgeschäfte in Staaten des Ostblocks zu gewähren. Vgl. dazu AAPD 1965, I, Dok. 123.

21 Im Jahre 1965 betrug das Handelsvolumen zwischen Großbritannien und der DDR 56,2 Mio. Dollar (gegenüber 43,2 Mio. Dollar 1964); der Anteil des britischen Exports betrug 22,6 Mio. Dollar (gegenüber 14,16 Mio. Dollar 1964). Vgl. dazu die Aufzeichnung des Referats III A 6; VS-Bd. 895 (II A 7); B 150, Aktenkopien 1966.

22 Vgl. dazu Dok. 101, Anm. 10 und 11.

Außenminister *Stewart* fragte, was getan werden könne, um auch die Mitwirkung anderer Lieferländer, wie beispielsweise Schwedens, Japans und Österreichs zu erlangen. Die britische Regierung sehe sich dem Druck des Unterhauses ausgesetzt. Wenn sie Maßnahmen ergreife, bestehe immer die Gefahr, daß an ihrer Stelle andere Länder das Geschäft machen würden.

Der Herr *Minister* erwiederte, er verstehe den Standpunkt durchaus, der gerechtifertigt sei, wenn man die Dinge unter dem Gesichtspunkt der Exporteure betrachtet. Die deutsche Vorstellung sei aber, nur ein System zu entwickeln, das keinen der betroffenen Teile weder benachteilige noch bevorzuge. Man bemühe sich um eine wertneutrale Lösung.

Europaminister *Thomson* schlug vor, die Dinge in der OECD zu behandeln.²³

Der Herr *Minister* bemerkte, vielleicht ließen sich im Augenblick keine Fortschritte erzielen, doch sollte man im Kontakt bleiben, um eine Lösung zu finden, die der Exportpolitik und den Exportinteressen gerecht würde, da er glaube, daß die beiderseitigen Interessen mehr oder weniger parallel ließen.

Zur nuklearen Frage führte der Herr *Minister* aus, daß er bei seinem letzten Besuch anlässlich der WEU-Ministerratssitzung in London zum letzten Mal mit Herrn *Stewart* über dieses Thema gesprochen habe.²⁴ In der Zwischenzeit sei die allgemeine NATO-Situation in den Vordergrund gerückt. Deutscherseits glaube man nicht, daß während der Bewältigung der NATO-Krise das nukleare Problem sozusagen zusätzlich darauf gelegt werden sollte. Nichtsdestoweniger bleibe diese Frage unabhängig von der Überwindung der NATO-Krise und der Straffung der NATO-Organisation ein wichtiges und langfristiges Verteidigungsproblem. Bei seinem letzten Gespräch habe er darauf hingewiesen, daß man deutscherseits mit großem Interesse an den Gesprächen des McNamara-Ausschusses²⁵ teilnehme und unvoreingenommen die möglichen Ergebnisse und Verbesserungen prüfe, die dort vorgeschlagen oder gefunden würden. Er glaube aber, daß ein integriertes Gemeinschaftssystem²⁶ dem Problem am ehesten gerecht würde, weil es gegenüber der weiteren Entwicklung im Zusammenhang mit einem Nichtverbreitungsabkommen²⁷ und der danach eintretenden Entwicklung einen großen Unterschied mache, ob man an einem integrierten System oder nur an einem Konsultationssystem²⁸ beteiligt sei. Bei langfristiger Betrachtungsweise komme einem integrierten System sehr viel konkretere Bedeutung bei als einem Konsultationssystem. Aus diesem Grunde halte man auch die Vorschläge, die in Großbritannien für ein gemeinsames inte-

23 Dieser Vorschlag wurde von Bundeskanzler Erhard bereits im Juni 1965 gegenüber Vertretern der Westmächte geäußert. Vgl. AAPD 1965, II, Dok. 233 und Dok. 261.

24 Für das Gespräch vom 16. März 1966 vgl. Dok. 71.

25 Zum Vorschlag des amerikanischen Verteidigungsministers über die Bildung eines Select Committee bzw. Special Committee und zur Einsetzung einer Arbeitsgruppe für Nukleare Planung am 27. November 1965 vgl. Dok. 5, Anm. 3.

26 Zu den Bemühungen um eine Gemeinsame Nukleare Streitmacht (GNS) vgl. Dok. 6, Anm. 3 und Dok. 46, besonders Anm. 7.

27 Zum Stand der Verhandlungen über ein Nichtverbreitungsabkommen vgl. Dok. 50.

28 Zu den Bedenken der Bundesregierung gegenüber den Möglichkeiten zur Konsultation innerhalb des Special Committee vgl. Dok. 33.

griertes System gemacht worden seien²⁹, als Arbeits- und Denkmodell für wertvoll. Man habe auch mit Befriedigung gehört, daß die Antwort, die Europaminister Thomson vor ein oder zwei Tagen auf eine Frage im Unterhaus gegeben habe³⁰, den von ihm soeben dargelegten Überlegungen entsprochen habe. Was die Nichtverbreitung angehe, so sei die deutsche Haltung au fond positiv, mit dem Vorbehalt, daß eine Gemeinschaftslösung innerhalb des Bündnisses gefunden werde. Es solle jedenfalls nicht vorzeitig etwas Negatives über ein Gemeinschaftssystem gesagt werden, vielmehr sollte die Angelegenheit für Gespräche und Beratungen offen gehalten werden unter Betonung der zeitlichen Präponderanz für die Überlegungen im McNamara-Ausschuß. Wenn die NATO-Krise bewältigt sei, bleibe noch genügend Zeit, über diese Fragen zu sprechen. Der Herr Minister wiederholte noch einmal, daß es falsch wäre anzunehmen, daß die Bundesregierung der Abrüstung und Nichtverbreitung gegenüber nicht positiv eingestellt wäre. Im Gegenteil, in der deutschen Friedensnote³¹ sei gerade dies besonders hervorgehoben und der Wunsch nach Fortschritten unterstrichen worden. Was aber die Reihenfolge der Prioritäten angehe, so komme für die Deutschen an erster Stelle die Lösung der derzeitigen NATO-Krise. Erst danach sollten die anderen Fragen geregelt werden.³²

Außenminister *Stewart* stimmte dem zu und betonte, daß die beiden Komplexe nicht miteinander vermischt werden sollten. Er bemerkte jedoch, daß ihm der Gebrauch der beiden Begriffe „integriertes System“ und „Konsultationssystem“ etwas gefährlich erscheine, doch könne man die Begriffe benutzen, ohne allzu großen Nachdruck auf die Worte selbst zu legen. Man müsse immer daran denken, daß die NATO gebildet worden sei, um einen Krieg zu verhindern, und nicht, um einen Krieg zu gewinnen. Um dieses Ziel zu erreichen, müsse die Wirksamkeit des Bündnisses zwar überzeugend demonstriert werden, doch sollte nichts geschehen, was politisch provozierend wäre. Bei der Behandlung der Frage der nuklearen Mitbeteiligung müßten auch die Reaktionen von außerhalb der NATO berücksichtigt werden. Deshalb scheine es ihm richtig, diese Frage auch im Zusammenhang der Nichtverbreitung und der Abrüstung zu sehen, was natürlich nicht heißen könne, daß man von irgendwelchen Maßnahmen Abstand nehme, weil sie den Russen nicht zusagten. Angesichts der NATO-Krise wolle er sich im Augenblick auf diese Frage noch nicht endgültig festlegen.

Der Herr *Minister* sagte, er wolle sich jetzt nicht auf eine Argumentation einlassen. Er verstehe die Überlegungen von Herrn *Stewart*. Bei den späteren Gesprächen dürfe diese Frage aber nicht aus dem Auge verloren werden. Die Sowjets seien hauptsächlich an einer negativen Behandlung des deutschen

29 Zum britischen Vorschlag einer „Atlantic Nuclear Force“ (ANF) vgl. Dok. 46, besonders Anm. 9 und 17.

30 Am 23. Mai 1966 führte der Kanzler des Herzogtums Lancaster, Thomson, im Unterhaus aus: „The Government's proposal for an Atlantic Nuclear Force still lies on the table, and we are ready to look with an open mind at the problem of dealing with the question of nuclear re-organisation.“ Vgl. HANSARD, Bd. 729, Sp. 16.

31 Zur Note der Bundesregierung vom 25. März 1966 vgl. Dok. 58.

32 Zu den Bemühungen der Bundesregierung, die Frage der Nichtverbreitung von Kernwaffen unabhängig von der Schaffung einer Gemeinsamen Nuklearen Streitmacht (GNS) zu behandeln, vgl. Dok. 49.

Aspekts interessiert und legten darauf mehr Wert als auf die Behandlung des Problems gegenüber³³ Schweden, Indien oder Japan. Dies sei ein wesentlicher Punkt, und man dürfe diesen Aspekt nicht übersehen, wenn man eine positive Lösung für die deutsche Frage finden wolle. Die Sowjets hätten gar nicht das gleiche Interesse wie Großbritannien an einem weltweiten Abkommen. Ihnen gehe es vielmehr darum, daß Deutschland anders behandelt werde als andere.³⁴

Das Gespräch endete kurz vor 16 Uhr.

VS-Bd. 10088 (Ministerbüro)

164

Deutsch-britische Regierungsbesprechung in London

MB 1584/66 geheim

24. Mai 1966¹

Betr.: Besuch des Herrn Bundeskanzlers in London 23.–25. Mai 1966;
hier: Konferenznotizen – Zweite Runde der Gespräche mit Premierminister Wilson² am 24. Mai 1966, 16.00–18.30 Uhr, 10, Downing Street

Teilnehmer auf deutscher Seite:

Delegation: Bundeskanzler Prof. Dr. Erhard, Bundesminister Dr. Schröder, Staatssekretär Prof. Dr. Carstens, Staatssekretär von Hase, Ministerialdirektor Prof. Dr. Meyer-Lindenberg, VLR I Dr. von Plehwe, VLR I Dr. Scheske, VLR Weber, LR I Loeck, LR I Dr. Ruhfus, ORR'in Burre, RR Bewerunge u.a.; Botschaft London: Botschafter Blankenhorn, LR I Dr. Barte

Teilnehmer auf britischer Seite:

Premierminister Harold Wilson; Stellv. Premierminister und Wirtschaftsminister George Brown; Schatzkanzler James Callaghan; Außenminister Michael Stewart; Verteidigungsminister Denis Healey; Handelsminister Douglas Jay; George Thomson, Foreign Office, Kanzler des Herzogtums Lancaster; Sir Paul Gore-Booth, Staatssekretär im Foreign Office; Sir Frank Roberts, Britischer

³³ Der Passus „legten darauf ... gegenüber“ wurde von Bundesminister Schröder handschriftlich eingefügt. Dafür wurde gestrichen: „wollten für Deutschland keineswegs die gleiche Regelung wie beispielsweise für“.

³⁴ Zur Frage der Nichtverbreitung vgl. weiter Dok. 177.

¹ Durchdruck.

Die Gesprächsaufzeichnung wurde von Legationsrat I. Klasse Barte, London, gefertigt.

Hat Ministerialdirektor Meyer-Lindenberg am 31. Mai, Staatssekretär Carstens am 2. und Bundesminister Schröder am 4. Juni 1966 vorgelegen.

Am 6. Juni 1966 übermittelte Legationsrat I. Klasse Loeck eine Ausfertigung der Gesprächsaufzeichnung an den Leiter des Außenpolitischen Büros im Bundeskanzleramt, Osterheld. Vgl. VS-Bd. 10088 (Ministerbüro); B 150, Aktenkopien 1966.

Zu dem Gespräch vgl. auch OSTERHELD, Außenpolitik, S. 318 f.

² Für die deutsch-britischen Regierungsbesprechungen vom 23. Mai 1966 vgl. Dok. 156 und Dok. 158.

Botschafter in Bonn; Lord Hood, Superintending Under-Secretary, Foreign Office; A.H. Campbell, Leiter des Western Dept., Foreign Office; Sir B. Trend u. a. Premierminister *Wilson* eröffnete das Gespräch und schlug vor, sich zuerst mit den Ausgleichskosten der Rheinarmee³ zu befassen.

Der Herr *Bundeskanzler* gab dann den Hauptinhalt seines am gleichen Nachmittag geführten Gespräches mit Schatzkanzler Callaghan⁴ wieder.

Während man auf deutscher Seite bisher gedacht habe, daß Klarheit über die Verpflichtungen im Rahmen des Devisenausgleichs bestehe, d.h. daß ein Ausgleich von 1400 Millionen DM in den drei Jahren bis zum 1. April 1967 erfolgen solle, habe er – der Bundeskanzler – nun gehört, daß auf britischer Seite der Wunsch und die Notwendigkeit bestehe, die deutsche Seite zur Bereitstellung von weiteren 500 Millionen DM für 1966 in Devisen oder DM zu veranlassen. Es erübrige sich, über die DM zu sprechen; sie könnten nicht aufgebracht werden, wenn man die Stabilität der deutschen Währung erhalten wolle. In diesem Zusammenhang schilderte der Herr Bundeskanzler die deutschen Haushaltsschwierigkeiten und die Notwendigkeit, im Rahmen der Haushaltskürzungen gesetzlich eingegangene Verpflichtungen aufzuheben oder aufzuschieben. Er sei außerstande, mit einiger Sicherheit darzulegen, wie der Ausgleich beschaffen sein werde.

Er – der Bundeskanzler – habe darauf hingewiesen, daß klar unterschieden werden sollte zwischen den Gesprächen, die gestern über die NATO geführt worden seien und diesen finanziellen Gesprächen. Die gestrigen Gespräche sollten nicht von den finanziellen Fragen überschattet werden. Auch sollte man sich der schlechten Optik bewußt sein, die dadurch entstehe, daß während der NATO-Krise zu gleicher Zeit das Verbleiben amerikanischer und britischer Truppen in der Bundesrepublik von finanziellen Maßnahmen abhängig werden solle, während die französischen Truppen⁵ ebenfalls kehrtmachten. Er habe Mr. Callaghan vorgeschlagen, eine deutsch-britische Kommission unter Beteiligung der Finanzminister und der Notenbankpräsidenten beider Länder einzusetzen, die untersuchen solle, was getan werden könne. Für 1966 könne man den britischen Vorschlägen nicht nachkommen. Man werde aber versuchen, das Optimale herauszuholen.

Er rege an, in folgender Reihenfolge zu verfahren:

- 1) Lösung der internen NATO-Probleme
- 2) Regelung des französischen Truppenproblems
- 3) Einsetzung der vorher erwähnten Gemischten Kommission.

Eines müsse klar sein: Man sei jetzt auf deutscher Seite nicht in der Lage zu sagen, ob man zusätzliche Zahlungen erwägen könne.

Der Bedeutung, die einem stabilisierten Pfund zukomme, sei man sich auf deutscher Seite bewußt. Es liege im deutschen Interesse, auf ein stabiles Pfund

³ Zum deutsch-britischen Devisenausgleichsabkommen vom 27. Juli 1964 vgl. Dok. 26, Anm. 10.

⁴ Vgl. Dok. 162.

⁵ Zur Diskussion über die Verhandlungslinie der 14 NATO-Staaten gegenüber Frankreich vgl. zuletzt Dok. 163.

Zu den Verhandlungen über einen Verbleib französischer Truppen in der Bundesrepublik vgl. Dok. 145 und weiter Dok. 190.

hinzuwirken. Dieses Interesse habe man bereits mehrfach bewiesen, nicht zuletzt durch die Beteiligung an der Kreditlinie des Weltwährungsfonds, wo die deutsche Beteiligung mit 30 % höher als die amerikanische sei.⁶

Schatzkanzler *Callaghan* betonte, daß man auf britischer Seite die Außenpolitik nicht isoliert von den Problemen der wirtschaftlichen Stärke Großbritanniens betreiben könne. Man würde gern die die britische Zahlungsbilanz berührenden Fragen langfristig sehen und behandeln, doch könne man sich dies einfach nicht leisten. Was die deutschen Haushalts- und Programmkürzungen betreffe, sei festzustellen, daß auch Großbritannien seine Programme habe kürzen müssen.

Callaghan sagte, er verstehe, daß der Bundeskanzler für 1966 keine endgültige Erklärung abgeben könne. Er sollte aber zum Ausdruck bringen, daß er zu der britischen Forderung eine wohlwollende Haltung einnehme. Dann könnte ein Gemischter Ausschuß sich auf dieser Grundlage mit der Frage befassen.

Der *Bundeskanzler* ging in seiner Erwiderung auf die psychologische Überbeanspruchung ein, der man die deutsche Bevölkerung nicht aussetzen könne, ohne daß dies schwerwiegende politische Folgen haben werde. Man könne das deutsche Volk nicht gleichzeitig mit der NATO-Krise, einer Frankreich-Krise und finanziellen Forderungen dieser Art belasten, zumal die hierdurch bedrohte wirtschaftliche Stabilität der Anker sei, an den sich die Deutschen hielten. Es wäre für ihn, den Bundeskanzler, sehr leicht und es koste ihn auch nichts, zu der britischen Forderung eine wohlwollende Erklärung abzugeben – er lehne es aber ab, etwas zu erklären, von dem er nicht wisse, ob er es auch halten könne.

Premierminister *Wilson* erklärte, in einer Zeit schwerer Haushalts- und Zahlungsbilanzsorgen finde es das britische Volk besonders schwer, die Lasten der Rheinarmee zu tragen. Wenn das britische Volk erkenne, daß seine Verteidigungsausgaben gestiegen seien, wenn es erkenne, daß der deutsche Rüstungshaushalt gekürzt wurde – Westdeutschland also nur 4 1/2 % seines Volkseinkommens für seine Verteidigung ausgebe, Großbritannien hingegen 6,9 % – werde der Stand der britischen Regierung besonders schwierig sein.

Seine Regierung habe sich im vergangenen Jahr entschlossen – nicht zuletzt aus Loyalität gegenüber Deutschland – die britischen Bodentruppen auf dem gegenwärtigen Stand zu halten, vorausgesetzt, daß die Devisenkosten für diese Streitkräfte aufgebracht werden könnten.⁷ Die Truppen könnten eben dort nur gehalten werden, wenn die 50 Millionen Pfund gezahlt würden.

Verteidigungsminister *Healey* führte aus, Großbritannien habe militärische Verpflichtungen und Probleme im Fernen Osten, Malaysia, im Mittleren Osten und in Zentralafrika.⁸ Trotzdem habe man im Mittelmeer nur kleinere Kürzungen vorgenommen, überhaupt keine jedoch in Deutschland. Großbritannien habe sich für die NATO-Verpflichtungen entschieden. Während Deutschland seine NATO-Verpflichtungen um 10 % gekürzt habe, setzte Großbritannien 500

⁶ Vgl. dazu Dok. 162, Anm. 25.

⁷ Vgl. dazu auch Dok. 162, Anm. 11.

⁸ Vgl. dazu Dok. 37, Anm. 9.

Millionen Pfund mehr an Mitteln ein als die Bundesrepublik, um die freie Welt zu schützen.

Dem deutschen Vorschlag, die Frage der Ausgleichszahlungen erst zu behandeln, wenn andere Probleme gelöst seien, könne er nicht folgen. Großbritannien könne nicht so lange warten.

Bundeskanzler *Erhard* sagte dazu, man könne durchaus auch verschiedene Dinge zur gleichen Zeit behandeln. Er habe auch nicht zum Ausdruck bringen wollen, daß es keine Lösungsmöglichkeit gebe. Er – der Bundeskanzler – habe aber feststellen wollen, daß er aus seiner jetzigen Sicht heraus nicht sagen könne, wie das Problem zu lösen sei. Er hätte nichts dagegen, daß bald etwas geschehe. In dem Ausschuß, der zu bilden sei, sollten dann aber neben den Finanzministern und Zentralbankpräsidenten auch die Verteidigungsminister sitzen. Er werde gleich nach seiner Rückkehr mit dem Bundesfinanzminister⁹ darüber sprechen.

Premierminister *Wilson* schlug dann vor, noch während der Behandlung der NATO-Probleme solle man die Behandlung dieser finanziellen Fragen vorbereiten. Die endgültigen Entscheidungen könnten dann auch später fallen.

Bundeskanzler *Erhard* erklärte, man möge die Zusammensetzung und das Mandat des Gemischten Ausschusses festlegen, der im Juni seine Arbeit beginnen könne. Im übrigen wünsche man auf britischer Seite einen Gemischten Ausschuß mit dem Gefühl, er müsse unter allen Umständen das erreichen, was man fordere. Auf deutscher Seite sage man sich hingegen, man könnte dies und jenes erreichen, man wisse aber noch nicht wie. Im übrigen könne man schließlich auch nicht sagen, wenn die 500 Millionen DM im Jahre 1966 nicht erreicht würden, „sei alles aus“.

Premierminister *Wilson* ging dann zur Frage des Kommuniqués über und meinte dazu, von britischer Seite solle eine Erklärung über die britischen Erfordernisse darin enthalten sein. Im Anschluß daran könne man feststellen, was in dieser Hinsicht zu tun sei.

Schatzkanzler *Callaghan* ergänzte, es gehe den Briten um eine grundsätzliche Erklärung von deutscher Seite, z. B. um den Hinweis, daß der Bundeskanzler die britische Forderung ernsthaft und wohlwollend erwäge („serious and sympathetic consideration“). In der augenblicklichen politischen Situation sollten aber in das Kommuniqué keine Zahlen hineingenommen werden.

Der Herr *Bundeskanzler* erklärte erneut, er könne es nicht verantworten, eine Erklärung abzugeben, die er eventuell nicht honorieren könne. Im übrigen habe er ja bisher annehmen müssen, daß die Ausgleichszahlungen bis zum 1. April 1967 geregelt seien und nur die darauffolgende Zeit Schwierigkeiten bereiten könne. Erst am heutigen Tage habe er von Schatzkanzler *Callaghan* erfahren, daß für 1966 zusätzlich 50 Millionen Pfund gefordert würden.

Schatzkanzler *Callaghan* betonte, bisher seien von 90 Millionen Pfund jährlichen Devisenkosten für die britische Rheinarmee deutscherseits nur 50–55 Millionen Pfund ausgeglichen worden.

Wenn die internationalen Bankleute sagten, man solle die britische Zahlungs-

⁹ Rolf Dahlgrün.

bilanz 1966 ausgleichen, so sei dies eben leider nur mit diesen 50 Millionen Pfund von deutscher Seite möglich. Erneut erbat Callaghan die Erklärung von deutscher Seite, daß man die britische Forderung ernsthaft und wohlwollend behandeln wolle.

Premierminister *Wilson* schlug für das Communiqué¹⁰ folgende Gliederung vor:

- 1) Eine Erklärung über den britischen Standpunkt.
- 2) Eine Erklärung des Bundeskanzlers, in der ohne endgültige Entscheidung gesagt werde, daß die britische Forderung geprüft werden solle.
- 3) Ein Absatz, daß sich die beiden Finanzminister baldigst treffen würden.¹¹

Ferner müsse die Rede von einem vollen Ausgleich und Direktzahlungen sein, doch sollten keine Zahlen erwähnt werden.

Der Herr *Bundeskanzler* erklärte, im Communiqué sollte die britische Zahlungsbilanzlage unter besonderer Bezugnahme auf die Rheinarmee behandelt werden. Auch die Notwendigkeit deutscher Unterstützung sollte ohne Nennung von Zahlen erwähnt werden. Zahlen würden eine öffentliche Diskussion über den Wert der einzelnen ausländischen Armeen in Deutschland in Gang setzen, die man unbedingt vermeiden müsse. Man komme damit nämlich in eine Lage, in der das Ziel, die NATO zusammenzuhalten, praktisch verleugnet und zerredet werde.

Nachdem Premierminister *Wilson* wiederholt hatte, es sollten keine Zahlen genannt werden, der volle Ausgleich aber Erwähnung finden, lehnte es Bundeskanzler *Erhard* ab, direkte Zahlungen nach dem Ausland in dem Communiqué zu erwähnen. In der Zeit einer sehr engen und schwierigen Haushaltslage könne er sich dies nicht leisten.

Premierminister *Wilson* schlug dann einen neuen Text des Communiqués vor, den Bundeskanzler *Erhard* zurückwies, da durch die darin gewählten Formulierungen in der Öffentlichkeit der Eindruck entstehen könne, das britische Zahlungsbilanzdefizit sei vollständig auf die Rheinarmee zurückzuführen. Dies treffe doch gewiß nicht zu.

Premierminister *Wilson* erkannte an, daß es schwierig sei, die direkten Zahlungen im Communiqué zu erwähnen. Die Finanzminister sollten aber jedenfalls über diese direkten Zahlungen beraten.

Sein Vorschlag, eine Redaktionsgruppe möge sich jetzt mit dem Communiqué über das Ausgleichsabkommen befassen, wurde von deutscher Seite zunächst abgelehnt, da die Standpunkte noch zu weit auseinanderlagen.

Nach kurzer Unterbrechung schlug Bundeskanzler *Erhard* folgende Fassung des Communiqués vor:

Der britische Schatzkanzler habe mit dem deutschen Bundeskanzler erneut die beiderseitige Zahlungsbilanzsituation erörtert, und zwar insbesondere unter dem Gesichtspunkt der Devisenbelastungen, die Großbritannien auf Grund

¹⁰ Für den Wortlaut vgl. BULLETIN 1966, S. 551.

¹¹ Zum Gespräch des Bundesministers Dahlgrün mit dem britischen Schatzkanzler Callaghan am 30. Juni 1966 in London vgl. Dok. 216.

der Stationierung der Rheinarmee erwünschen. Beide Seiten stimmten darin überein, daß diese Frage nach Kenntnisnahme der britischen Vorschläge einer sorgfältigen weiteren Behandlung bedürfe. Die beiden Finanzminister sollten in Kürze zusammenentreten, um zu prüfen, nach welchem Verfahren eine beiderseitige Gemischte Kommission brauchbare Lösungen herausfinden könnte.

Schatzkanzler *Callaghan* forderte eine ergänzende Erklärung, daß die Kosten voll ausgeglichen würden.

Herr *von Hase* warf hier ein, sein britischer Kollege und er würden auf der kommenden Pressekonferenz gefragt werden, was denn die „britischen Vorstellungen“ seien. Man müsse sich dann darüber klar werden, was man zu antworten habe. Herr Außenminister *Schröder* führte aus, es handele sich hier um eine grundlegende Schwierigkeit. Wenn der Grundsatz des vollen Ausgleichs durch volle Zahlungen in dem Kommuniqué erscheine, müsse darin auch gesagt werden, daß man dies auf deutscher Seite nicht akzeptieren könne. Es sei die Frage, ob so weit auseinandergehende Darstellungen in das Kommuniqué aufgenommen werden sollten.

Es folgte ein erneuter Hinweis des Schatzkanzlers *Callaghan* darauf, daß die Formel „serious and sympathetic consideration“ unbedingt in das Kommuniqué solle. Premierminister *Wilson* bemerkte zur Frage der Direktzahlungen, es handele sich hier nicht um deutsche Zahlungen an die britische Regierung, sondern um Zahlungen an Beschäftigte der Rheinarmee. Der *Bundeskanzler* kam erneut auf die Schwierigkeiten zurück, daß die deutsche Öffentlichkeit der Ansicht sei, bis zum 1. April 1967 sei der Ausgleich geregelt und erst für die Zeit danach entstünden Schwierigkeiten. Im übrigen warnte er davor, durch problematische Formulierungen das Kommuniqué praktisch zu zerstören.

Der britische Außenminister *Stewart* erinnerte hier an das erste Ausgleichsabkommen, in dem die Formel „as far as possible“ das Ziel eines vollständigen Ausgleichs im Auge gehabt habe.

Der Herr *Bundeskanzler* betonte dann, er könne nicht über das hinausgehen, was er vorgeschlagen habe. Er könne der deutschen Öffentlichkeit dies in den nächsten Wochen einfach nicht zumuten. Ob es nicht am einfachsten wäre, im Kommuniqué zu sagen, man habe sich über diese eine Frage der Devisenkosten der Rheinarmee nicht einigen können. Dies sei der einfachste und ehrlichste Weg.

Premierminister *Wilson* kam auf Bundeskanzler *Erhard*s Vorschlag als Grundlage zurück, die nur in wenigen Punkten geändert werden müsse. Von deutscher Seite wurde dann vorgeschlagen, dem letzten Satz im Kommuniqué folgende Fassung zu geben:

Die beiden Finanzminister würden in Kürze zusammenentreten, um das Verfahren festzustellen, nach dem eine beiderseitige Kommission alle Möglichkeiten für eine brauchbare Lösung untersuchen soll.

Auf *Wilsons* Bemerkung, er möchte gern die britische Zahlungsbilanzlage im Kommuniqué erwähnen, erwiderte Bundeskanzler *Erhard*, dann möchte auch er die deutsche Zahlungsbilanzlage dargestellt haben.

Eine deutsch-britische Redaktionsgruppe arbeitete dann ab 17.45 Uhr einen

neuen Passus des Kommuniqués über die Behandlung des Kostenausgleichs für die Rheinarmee aus. Mit einer von dem Herrn Bundeskanzler vorgeschlagenen Änderung zu Anfang des zweiten Absatzes lautete der Passus dann wie folgt:

Der Premierminister und der Bundeskanzler prüften das Problem der Aufbringung der Devisenkosten für die britischen Truppen in Deutschland. Der Premierminister wiederholte die in dem britischen Verteidigungsweißbuch vom Februar 1966 enthaltene Erklärung, wonach die britische Regierung es für richtig hält, ihre Landstreitkräfte in Deutschland in etwa ihrer derzeitigen Stärke so lange zu belassen, bis eine befriedigende Regelung der Rüstungskontrolle in Europa gefunden sei, jedoch unter der Voraussetzung, daß ein Weg gefunden wird, um die Devisenkosten dieser Streitkräfte aufzubringen. Der Bundeskanzler erläuterte demgegenüber den deutschen Standpunkt und die bestehenden vertraglichen Abmachungen.¹²

Beide Seiten kamen überein, daß die beiden Finanzminister in Kürze zusammenentreten sollen, um das Verfahren festzulegen, nach dem eine gemischte Kommission die verschiedenen Möglichkeiten für eine brauchbare Lösung prüfen soll. Die Kommission soll den beiden Regierungen bis zum 15. September 1966 berichten.

Die weitere Besprechung galt auf Vorschlag Premierminister Wilsons

1) dem Problem der Liquidität

Schatzkanzler *Callaghan* betonte, die Briten wünschten auf diesem Gebiete nur eine Planung auf Zeit und einen Mechanismus, der für den Fall eines Liquiditätsmangels tätig werden könnte. Demgegenüber messe Großbritannien dem Gedanken der Schaffung oder der Nichtschaffung einer besonderen Reserveeinheit weniger große Bedeutung bei.

Callaghan setzte sich dann dafür ein, die Gruppe der Zehn¹³ zu erweitern oder den Wünschen der Entwicklungsländer in dieser Hinsicht in der Form Rechnung zu tragen, daß die bisher von den Zehn durchgeföhrten Arbeiten künftig vom Weltwährungsfonds übernommen würden.

Der britische Schatzkanzler und Bundeskanzler Erhard erörterten dann den Emminger-Bericht¹⁴, und schließlich erklärte der Herr *Bundeskanzler*, es würde

¹² Dieser Satz lautete in der veröffentlichten Fassung des Kommuniqués: „Der Bundeskanzler erläuterte demgegenüber den deutschen Standpunkt und wies auf die bestehende vertragliche Regelung hin.“

¹³ Zur „Zehnergruppe“ gehörten die Teilnehmer der „Allgemeinen Kreditvereinbarungen“ des Internationalen Währungsfonds: Belgien, die Bundesrepublik Deutschland, Frankreich, Großbritannien, Italien, Japan, Kanada, die Niederlande, die Schweiz und die USA. Sie erörterte bei ihren Zusammenkünften die internationale Währungslage und überprüfte das internationale Währungssystems vor dem Hintergrund der Statuten des Internationalen Währungsfonds.

¹⁴ Am 28. September 1965 beauftragte der „Zehnerclub“ des Internationalen Währungsfonds die Stellvertreter-Gruppe mit der Ausarbeitung von Vorschlägen für eine Reform des internationalen Währungssystems. Die Stellvertreter-Gruppe unter dem Vorsitz des Mitglieds des Direktoriums der Bundesbank, Emminger, legte der Ministertagung des „Zehnerclubs“ vom 25./26. Juli 1966 in Den Haag ihren Bericht vor. Für das Kommuniqué der Tagung vgl. AdG 1966, S. 12628. Vgl. dazu ferner den Artikel von Otmar EMMINGER, „Wie dringlich ist die Reform?“, in: DER VOLKSWIRT, Nr. 33 vom 19. August 1966, S. 1635–1638.

ihn freuen, wenn diese Diskussion gelegentlich des Besuchs von Mr. Callaghan in Bonn¹⁵ fortgesetzt und vertieft werden könne.

In seinen Ausführungen zum Problem der Liquidität betonte der Herr Bundeskanzler, daß er mit der Bundesbank, auch unter ihrer neuen Leitung, auf diesem Gebiet völlig einer Meinung sei. Die deutsche Haltung, die davon ausgehe, daß keine zusätzliche Liquidität geschaffen werden solle, gründe sich nicht etwa auf mangelndes Verständnis für die Entwicklungsländer oder auch sonst Völker, die Gelder benötigten. Hinter der deutschen Haltung stehe aber die Befürchtung, daß durch nicht sehr gründlich überlegte Maßnahmen auf diesem Gebiet ein Dammbruch erfolgen könnte, der alle Länder, auch jene, die den Entwicklungsländern etwas zu bieten hätten, entscheidend schaden würde.

2) dem Problem der technisch-wissenschaftlichen („technological“) Zusammenarbeit

Hier führte der britische *Verteidigungsminister* sehr kurz aus, auf welchen Gebieten und bei welchen Projekten eine deutsch-britische Zusammenarbeit im Gange ist oder noch in Zukunft möglich sei. Unter anderem erwähnte er seine Gespräche mit Messmer in Paris, wo ebenfalls die Möglichkeit einer Zusammenarbeit mit den Deutschen eine Rolle gespielt habe; ferner seine demnächst erfolgende Besprechung mit Bundesminister von Hassel¹⁶, in der auch ein Hubschrauberprojekt zur Sprache kommen werde. Ebenso erwähnte Healey die Möglichkeit des Einbaues eines britischen Tankgeschützes in einen nach Deutschland gelieferten amerikanischen Panzer.

3) der Frage der Problematik des ELDO-Programms

Hier sprach der Herr *Bundeskanzler* von einem möglichen Zusammenbruch der europäischen Weltraumpolitik, appellierte an die britische Seite, ihr in der letzten Zeit erkennbar gewordenes Zögern¹⁷ aufzugeben und erwähnte Informationen über ein großes Angebot auf diesem Gebiete, das den Franzosen eventuell demnächst von sowjetischer Seite gemacht werden könnte.¹⁸ Der britische *Verteidigungsminister Healey* sprach sich dann über die wirtschaftliche Seite des ELDO-Programms aus, ebenso darüber, daß es wirtschaftlicher sein könne, mit amerikanischen Projekten zusammenzuarbeiten.

Bundeskanzler *Erhard* nahm dann auf einen Bericht des Bundesministers Stoltenberg Bezug, der auf die Gefahr des sowjetischen Angebots an Frank-

15 Der britische Schatzkanzler hielt sich am 21. Juli 1966 zu Gesprächen mit Bundesminister Dahlgrün in Bonn auf. Vgl. dazu Dok. 236.

16 Der britische *Verteidigungsminister* hielt sich am 6. Juni 1966 zu Gesprächen mit Bundesminister von Hassel in Bonn auf. Vgl. dazu EUROPA-ARCHIV 1966, Z 111. Für das Communiqué vgl. BULLETIN 1966, S. 599.

17 Vgl. dazu Dok. 16, Anm. 10.

18 Der französische Informationsminister teilte auf der ELDO-Ministerkonferenz vom 26. bis 28. April 1966 mit, daß in Paris „ein ungewöhnlich großzügiges Angebot“ der UdSSR vorliege, die Frankreich die Nutzung der sowjetischen Raketen für den Start französischer Satelliten sowie die Entwicklung gemeinsamer Projekte angeboten habe. Peyrefitte erklärte die grundsätzliche Bereitschaft der französischen Regierung zur Weiterführung der ELDO. Falls die ELDO „jedoch durch die britische Haltung zusammenbricht, ist im Zusammenhang mit dem Besuch de Gaulles in der Sowjetunion durchaus mit neuen Entwicklungen zu rechnen“. Vgl. das Schreiben des Bundesministers Stoltenberg vom 6. Mai 1966 an Bundesminister Schröder; Referat I A 6, Bd. 136. Vgl. dazu weiter Dok. 204, besonders Anm. 18.

reich eingegangen war. Man sollte jedenfalls versuchen, die Schwierigkeiten des ELDO-Programms gemeinsam zu überwinden.¹⁹

Nach einem kurzen Gespräch über die Möglichkeiten einer deutsch-britischen Zusammenarbeit auf dem Gebiete von Rechenanlagen²⁰ und nach Erwähnung des britischen Senkrechtstarter-Projekts²¹ seitens *Healeys* sowie des Airbus-Projekts²² schloß Premierminister *Wilson* die Sitzung mit Worten des Dankes für die von den Teilnehmern geleistete Arbeit.

Bundeskanzler *Erhard* erwiderte diesen Dank. Insbesondere dankte er für die offene Art, mit der hier wichtige Fragen von britischer Seite behandelt worden seien.²³

VS-Bd. 10088 (Ministerbüro)

¹⁹ Am 3. Juni 1966 erklärte die britische Botschaft in einem Aide-mémoire an die Bundesregierung, daß sie sich nicht an der Entwicklung der Apogäums- und Perigäumsstufe des Anfangsprogramms von ELDO beteiligen werde und hinsichtlich der Finanzierung des Programms keine weiteren Verpflichtungen übernehmen könne. Vgl. dazu die Aufzeichnung des Ministerialdirektors Meyer-Lindenberg vom 3. Juni 1966; Referat I A 6, Bd. 136.

Am 7. Juni 1966 stellte der britische Außenminister Stewart Bundesminister Schröder am Rande der NATO-Ministerratstagung in Brüssel eine Revision des Beschlusses des britischen Kabinetts über einen Austritt aus der ELDO in Aussicht, sofern der britische Kostenanteil von derzeit 38 % „noch etwas günstiger als 30 v. H. wäre“. Vgl. den Vermerk des Vortragenden Legationsrats Weber vom 16. Juni 1966; VS-Bd. 10088 (Ministerbüro); B 150, Aktenkopien 1966.

Zur ELDO vgl. weiter Dok. 209, Anm. 35.

²⁰ Am 23. Mai 1966 übermittelte die britische Botschaft ein Aide-mémoire des britischen Ministeriums für Technologie, in dem eine Zusammenarbeit zwischen Großbritannien, Frankreich und der Bundesrepublik zur Entwicklung von Großrechenanlagen vorgeschlagen wurde. Vgl. dazu das Schreiben des Ministerialdirigenten Graf von Hardenberg vom 3. Juni 1966; Referat III A 5, Bd. 509.

²¹ Am 2. Februar 1965 kündigte Premierminister *Wilson* vor dem britischen Unterhaus ein begrenztes Entwicklungsprogramm für den Unterschall-Vertikal-Starter vom Typ „Hawker P 1127“ an. Dazu bemerkte der britische Luftfahrtminister Jenkins am 9. Februar 1965, daß die „P 1127“ augenblicklich von amerikanischer, britischer und deutscher Seite getestet werde und gute Absatzaussichten habe. Die weitere Zusammenarbeit in der Entwicklung, insbesondere mit der Bundesrepublik, wurde von Jenkins ausdrücklich befürwortet. Vgl. dazu die Schriftberichte Nr. 317 und 318 des Legationsrats I. Klasse Barte, London, vom 5. und 10. Februar 1965; Referat III A 5, Bd. 453.

²² Am 18. Juni 1965 erklärte Bundeskanzler *Erhard* anlässlich des Besuchs von Staatspräsident de Gaulle vor der Presse, daß die Bundesrepublik an der Entwicklung eines Überschallverkehrsflugzeugs („Concorde“) nicht teilnehmen wolle, an der Entwicklung eines Großraumtransporters vom Typ „Airbus“ in britisch-französisch-deutscher Zusammenarbeit aber interessiert sei. Am 22. Dezember 1965 äußerte der britische Luftfahrtminister Jenkins gegenüber dem Staatssekretär im Bundesministerium für Wirtschaft, Langer, die britische Regierung würde eine Beteiligung der Bundesrepublik an dem Projekt „sehr begrüßen“. Vgl. die Schreiben des Bundesministeriums für Wirtschaft vom 28. Oktober 1965 sowie vom 10. Januar 1966; Referat III A 4, Bd. 450.

²³ Nach Informationen des Ministerialdirigenten Osterheld zogen sich der Bundeskanzler und Premierminister *Wilson* im Anschluß zu einem Vier-Augen-Gespräch zurück. *Erhard* habe dabei gefragt, „ob man den deutsch-britischen Gesprächsrunden nicht eine gewisse Regelmäßigkeit geben könne [...]. Das solle aber in der Öffentlichkeit nicht stark herausgestellt werden. *Wilson* ist einverstanden: etwa einmal im Jahr; dabei vor allem Vier-Augen-Gespräche. Er werde seinem Parlament am Donnerstag berichten und dabei ausführen, daß er mit dem Meinungsaustausch mit dem Herrn Bundeskanzler zufrieden sei. Zum Abschluß macht der Kanzler eine Andeutung, daß ihm auch an einem engeren persönlichen Verhältnis zu *Wilson* liege, vielleicht ähnlich, wie er es mit *Johnson* schon habe.“ Vgl. die Eintragung vom 24. Mai 1966; OSTERHELD, Außenpolitik, S. 319.

165

**Aufzeichnung des
Vortragenden Legationsrats I. Klasse Oncken**

II A 1-82.30/764/66 VS-vertraulich

25. Mai 1966¹Betr.: VN-Mitgliedschaftsantrag der SBZ²Bezug: Drahtbericht VN-New York 331 vom 20.4.1966 VS-vertr.³;Notenentwurf I B 1 vom 6. Mai 1966⁴;

Unterredung VLR I v. Puttkamer/VLR I Oncken am 17.5.1966

Anlg.: 1

Anliegend wird ein hier aufgrund des dortigen o.a. Entwurfs vorbereiteter zweiter Entwurf für eine deutsche Note zur Frage der deutschen VN-Mitgliedschaft mit der Bitte um weitere Verwendung übermittelt. Der dortige Entwurf ist berücksichtigt worden. Referat II A 1 teilt die Ansicht des Referats I B 1, daß die Übermittlung einer deutschen Note, nur um die letzte sowjetische Note zu beantworten, nicht unbedingt gerechtfertigt ist. Wenn gleichwohl an dem Gedanken festgehalten wird, in absehbarer Zeit eine deutsche Note in den Vereinten Nationen zu zirkulieren, so deshalb, weil es im Hinblick auf den unsicheren Fortgang der weiteren Behandlung des SBZ-Antrages⁵ in den Vereinten Nationen wünschenswert sein kann, von uns aus, d.h. in eigener Initiative, eine Erklärung als VN-Dokument zu der in Frage stehenden Angelegenheit zu zirkulieren. Damit könnte folgendes erreicht werden:

- 1) Etwaigen Spekulationen hinsichtlich der Möglichkeit eines Mitgliedschaftsantrags der Bundesrepublik Deutschland zum gegenwärtigen Zeitpunkt würde der Boden entzogen.
- 2) Die Bewertung dieser Angelegenheit durch die deutsche Regierung würde offiziell bekanntgemacht werden.
- 3) Wir würden mit einem eigenen Papier in einem Gremium, das kein besonderes Verständnis für die Viermächte-Regelungen und -Verantwortlichkeiten in der Deutschlandfrage hat, klarmachen, daß wir die Schritte des Ostblocks als gegen die Interessen des deutschen Volkes gerichtet ansehen, und daß wir nicht zögern, das selbst deutlich zu sagen.
- 4) Wir würden etwaigen unbegründeten Folgerungen entgegentreten, die dritte Mächte aus der Tatsache des gegenwärtigen SPD/SED-Briefwechsels⁶ und aus

¹ Durchdruck einer Aufzeichnung für Referat I B 1.

² Vgl. zuletzt Dok. 154.

³ Botschaftsrat I. Klasse Caspari, New York (UNO), übermittelte den Text einer Erklärung der sowjetischen Regierung zum Antrag der DDR vom 28. Februar 1966 auf Mitgliedschaft in der UNO, die der sowjetische Ständige Vertreter bei der UNO, Morosow, dem Präsidenten des UNO-Sicherheitsrates, Keita, überreichte. Vgl. VS-Bd. 4245 (II A 4); B 150, Aktenkopien 1966. Für den deutschen Wortlaut der Erklärung vgl. DzD IV/12, S. 484–486.

⁴ Für den von Vortragender Legationsrätin I. Klasse von Puttkamer konzipierten Entwurf vgl. VS-Bd. 2603 (I B 1); B 150, Aktenkopien 1966.

⁵ Zum Antrag der DDR auf Mitgliedschaft in der UNO vgl. weiter Dok. 274.

⁶ Zum geplanten Redneraustausch zwischen SPD und SED vgl. zuletzt Dok. 141 und weiter Dok. 172.

der innerpolitischen Diskussion über Deutschlandfragen⁷ auf eine etwaige Wandlung unserer Haltung gegenüber dem SED-Regime ziehen.

5) Wir würden evtl. die Handlungsweise unserer Alliierten in den Vereinten Nationen in unserem Sinne präjudizieren.

Referat II A 1 ist zur weiteren Beratung über diesen Entwurf und seine Verwendung bereit.

Oncken

Anlage

Die Regierung der Bundesrepublik Deutschland ist nach dem Willen des deutschen Volkes bis zur Bildung einer gesamtdeutschen Regierung allein berechtigt, für das ganze deutsche Volk in internationalen Angelegenheiten zu sprechen. Sie richtet ihre Bemühungen darauf, daß ein im Einklang mit dem Selbstbestimmungsrecht der Völker wiedervereinigtes Deutschland einen Antrag auf Mitgliedschaft in der weltweiten Organisation der Vereinten Nationen stellen kann. Das deutsche Volk ist sich gewiß, daß dieser Antrag Unterstützung finden wird.

Mit Bedauern muß die Bundesrepublik Deutschland feststellen, daß der Wirklichung dieses Ziels schwer überwindbare Hindernisse im Wege stehen. Die Bildung einer gesamtdeutschen Regierung und der Abschluß des in den Potsdamer Beschlüssen vom 2. Oktober 1945⁸ vorgesehenen Friedensvertrages mit einer deutschen Regierung scheitern an der Politik der Sowjetunion. Diese hat noch nicht erkannt, daß dem Frieden, der Sicherheit und damit auch den eigenen Interessen durch die gewaltsame Aufrechterhaltung der Teilung Deutschlands nicht gedient wird. Amtliche sowjetische Kreise sind in letzter Zeit so weit gegangen, die legitime Forderung des deutschen Volkes nach Selbstbestimmung als „berüchtigte Forderung“ abzuqualifizieren (so die TASS-Erklärung vom 29.4.1966). Sie tun dies, obwohl sie sich damit gegen das Selbstbestimmungsrecht als solches aussprechen und obwohl sie wissen, daß das Selbstbestimmungsrecht der Völker nicht dem Zweck der Zerstückelung bestehender Nationalstaaten, sondern der Befreiung unterdrückter Völker und ihrem Zusammenschluß in souveränen, nationalen Staaten dienen soll.⁹ Diese

⁷ Vgl. dazu Dok. 139 und Dok. 140.

⁸ Dazu handschriftliche Bemerkung des Vortragenden Legationsrats I. Klasse Oncken: „August!“ Für den Wortlaut des Kommuniqués vom 2. August 1945 über die Konferenz von Potsdam (Potsdamer Abkommen) vgl. DzD II/1, S. 2101–2148.

⁹ Dieser Satz wurde von Vortragendem Legationsrat I. Klasse Oncken hervorgehoben. Dazu handschriftliche Bemerkung: „So der rumänische KP-Chef Ceausescu.“

In einer Rede zum 45. Jahrestag der Kommunistischen Partei Rumäniens (KPR) am 7. Mai 1966 kritisierte der Generalsekretär der KPR, Ceausescu, die Politik seiner Partei vor dem Zweiten Weltkrieg, die davon ausgegangen sei, daß Rumänien durch die „Besetzung fremder Gebiete“ geschaffen worden sei. Sie habe sich deshalb die „Befreiung vom rumänischen Imperialismus“ der „unterdrückten Völker“ aufgrund des Prinzips des Selbstbestimmungsrechts der Nationen“ zum Ziel gesetzt. Diese „falschen Thesen und Lösungen“ seien die Folge von Praktiken der Komintern gewesen, die den konkreten historischen und sozio-ökonomischen Gegebenheiten Rumäniens nicht Rechnung getragen hätten. Demgegenüber wandte Ceausescu ein: „Die marxistisch-leninistische Lehre verkündet das Selbstbestimmungsrecht der Völker nicht zum Zwecke der Zerstückelung der bestehenden Nationalstaaten, sondern, im Gegenteil, im Hinblick auf die Befreiung der unterdrückten Völker und ihren Zusammenschluß in souveränen Nationalstaaten, im Einklang mit

Kreise berücksichtigen somit nicht die unbestrittene Lehre der Geschichte, daß Fremdherrschaft über andere Völker oder Teile von anderen Völkern unvermeidlich Spannungen hervorrufen und den Frieden gefährden muß.

Um einen Beitrag zur Sicherung des Friedens und zur Respektierung des Selbstbestimmungsrechtes zu leisten, hat daher die Regierung der Bundesrepublik Deutschland Besuchern Deutschlands an der Mauer in Berlin und auf andere Weise Gelegenheit gegeben, sich davon zu überzeugen, daß die deutsche Nation in einem Staat zusammenleben und sich in freier Entscheidung eine eigene, nicht von außen aufgenötigte politische und gesellschaftliche Ordnung geben will. Nichts veranschaulicht die Richtigkeit dieser Auffassung mehr als der Umstand, daß mehr als drei Millionen Bewohner des Teils von Deutschland, das von seinem Regime als Deutsche Demokratische Republik bezeichnet wird, in nicht mehr als 10 Jahren Zuflucht im freien Teil Deutschlands gesucht haben. Nur der Bau einer Mauer mitten durch die deutsche Hauptstadt Berlin im Jahre 1961 und die Errichtung von Todesstreifen, Minenfeldern, Stacheldrahtverhauen und dergleichen an der Demarkationslinie quer durch Deutschland haben diesem Exodus Einhalt bieten können. Gleichwohl versuchen immer noch Bewohner des unfreien Teils von Deutschland diese Hindernisse zu durchbrechen. Über 130 Deutsche verloren seit dem Bau der Mauer (13.8.1961) aufgrund der Anwendung brutaler Schießbefehle des vorgenannten Regimes an der Demarkationslinie und an der Mauer ihr Leben. Dies sind die eigentlichen Realitäten der deutschen Frage: sie stellen klar, daß die kommunistische These, es gäbe nach dem Willen des deutschen Volkes zwei deutsche Staaten, der Grundlage entbehrt. Offenbar sind sich die Urheber des Antrags auf VN-Mitgliedschaft, der für den unter fremder Kontrolle stehenden Teil Deutschlands kürzlich zirkuliert wurde, dieser Realitäten bewußt; sie würden andernfalls nicht zögern, diesen Antrag den berufenen Organen der Vereinten Nationen zur Beratung und Abstimmung vorzulegen.

Die Regierung der Bundesrepublik Deutschland hat demgegenüber erst vor kurzem in einer allen Regierungen zugeleiteten Note¹⁰ die Grundzüge ihrer Friedenspolitik zur Kenntnis gebracht. Sie hat mit dieser „Friedensnote“, die insbesondere auch an die osteuropäischen Völker gerichtet war, ein weltweites positives Echo¹¹ gefunden. Sie fühlt sich daher ermutigt, folgende Fakten in Erinnerung zu rufen:

- 1) Die sowjetische Regierung hat in der Direktive der Genfer Gipfelkonferenz vom 23.7.1955¹² dem Grundsatz zugestimmt, daß im Einklang mit den Potsdamer Beschlüssen von 1945 die friedensvertragliche Regelung für Deutschland auf der Grundlage von Selbstbestimmung und freien Wahlen für ein wiedervereinigtes Deutschland gefunden werden muß. Die sowjetische Regierung hält sich gleichwohl nicht an ihre eigenen Erklärungen; sie tut es offenbar, um sich ihre politische Machtbasis in einem Teil Deutschlands zu sichern. Diese

Fortsetzung Fußnote von Seite 705

dem Willen und dem Beschuß der breiten Volksmassen.“ Vgl. Nicolae CEAUSESCU, Rumänien auf dem Weg der Vollendung des sozialistischen Aufbaus. Berichte, Reden, Artikel. Juli 1965–September 1966, Bukarest 1968, S. 399f.

¹⁰ Zur Note der Bundesregierung vom 25. März 1966 vgl. Dok. 58.

¹¹ Vgl. dazu Dok. 108, Anm. 2.

¹² Für den Wortlaut vgl. DzD III/1, S. 213–219.

Haltung wird von weiten Kreisen mit Recht als imperialistische Haltung bezeichnet.

- 2) Das Regime der SBZ beruht auf der Anwesenheit einer fremden Besatzungsmacht. Infolgedessen gibt es in diesem Teil Deutschlands keine eigene Souveränität. Seine Bevölkerung lehnt die unter Verletzung des Selbstbestimmungsrechts der Völker erzwungene Trennung vom freien Teil Deutschlands ab. Die Völkergemeinschaft trägt dieser unbestreitbaren Tatsache Rechnung: kein einziger nichtkommunistischer Staat hat die sogenannte DDR völkerrechtlich anerkannt, keine Sonderorganisation der Vereinten Nationen hat die sogenannte DDR zur Mitgliedschaft zugelassen.
- 3) Das Recht der Regierung der Bundesrepublik Deutschland, bis zur Wiedervereinigung für das ganze deutsche Volk in internationalen Angelegenheiten zu sprechen, steht – entgegen gewissen Behauptungen von kommunistischer Seite¹³ – weder im Widerspruch zu der Verfassungsordnung der Bundesrepublik Deutschland¹⁴ noch zur Charta der Vereinten Nationen¹⁵. Das Alleinvertretungsrecht beruht vielmehr auf dem Willen des deutschen Volkes, die nationale Einigung auf dem Wege der Wiedervereinigung herzustellen. Wohin der Wille des deutschen Volkes geht, wäre bei einer Befragung der Deutschen in der sogenannten DDR leicht festzustellen. Eben dieser Befragung sucht das Regime in der sogenannten DDR aus dem Wege zu gehen. So hat sie bisher nicht zu erkennen gegeben, daß sie jene Haltung geändert hat, die sie im März 1952 veranlaßte, der UN-Kommission zur Prüfung der Voraussetzungen für freie Wahlen in Deutschland den Zugang in die sowjetisch besetzte Zone Deutschlands zu versagen.¹⁶

¹³ In der Erklärung vom 20. April 1966 führte die sowjetische Regierung aus, der Alleinvertretungsanspruch der Bundesregierung sei „grundloses und absurdes Gerede“. Kein einziger Staat in der Welt habe je ein Volk vertreten, „auf das sich die Jurisdiktion des betreffenden Staates nicht erstreckt, und kann es auch nicht tun. Nebenbei gesagt, gibt es in der Verfassung der Bundesrepublik Artikel, wonach ihre Staatsorgane in den internationalen Beziehungen nur die Bundesrepublik und sonst niemanden vertreten.“ Dabei bezog sich die sowjetische Regierung auf Artikel 4 der UNO-Charta, nach dem die Mitgliedschaft in der UNO allen „friedliebenden Staaten“ offenstehe, welche die in der Charta niedergelegten Verpflichtungen zu übernehmen bereit seien. Dies sei „der einzige rechtmäßige Standpunkt“ und auch bei der Behandlung des Aufnahmeantrags der DDR anwendbar. Vgl. DzD IV/12, S. 485.

¹⁴ Dazu erklärte Ministerialdirigent Böker, diese Anspielung beziehe sich auf Artikel 23, Absatz 1, des Grundgesetzes, in dem der Geltungsbereich des Grundgesetzes auf die elf Bundesländer festgelegt werde. Die Tatsache, daß die Bundesregierung und die übrigen Verfassungsorgane keine „effektive Herrschaftsgewalt“ im Gebiet der DDR ausübten, schaffe aber noch keinen Gegensatz zwischen Grundgesetz und Alleinvertretungsrecht. Letzteres beziehe sich vielmehr darauf, daß die in der DDR lebenden Deutschen daran gehindert seien, an der Bildung einer „freien deutschen Regierung“ mitzuwirken und „die Bundesregierung als die einzige frei gewählter Regierung nach dem Willen des ganzen deutschen Volkes allein berechtigt ist, für das Völkerrechtssubjekt Deutschland zu sprechen, welches fortbesteht, obwohl noch immer ein Teil seines Staatsgebietes von einer fremden Macht besetzt ist“. Vgl. den Drahterlaß vom 27. April 1966; VS-Bd. 5622 (V 1); B 150, Aktenkopien 1966.

¹⁵ Für den Wortlaut vgl. YEARBOOK OF THE UNITED NATIONS 1966, S. 1071–1083.

¹⁶ Am 20. Dezember 1951 beschloß die V. UNO-Generalversammlung gegen die Stimmen der Ostblock-Staaten sowie von Israel die Einsetzung einer mit Vertretern aus Brasilien, Island, den Niederlanden und Pakistan besetzten Kontrollkommission, die in der Bundesrepublik, Berlin und der DDR die Voraussetzungen für freie gesamtdeutsche Wahlen prüfen sollte. Nach Gesprächen der UNO-Kommission am 21. und 22. März 1952 in Berlin (West) lehnte der Ministerpräsident der DDR, Grotewohl, es ab, die Kommission zu empfangen. Am 30. April 1952 teilte UNO-Generalsekretär Lie mit, daß die UNO-Kommission derzeit keine Möglichkeit zur Durchführung ihrer

Es ist verständlich, daß die Regierung der Bundesrepublik Deutschland über die fortdauernde Teilung Deutschlands, für die eine fremde Macht die Verantwortung trägt, zutiefst beunruhigt ist. Sie wird sich daher für das Recht des deutschen Volkes auf Selbstbestimmung auch in der Zukunft einsetzen, wie sie dies in der Vergangenheit getan hat. Sie wird an diesem Recht festhalten und wird es nicht zulassen, daß Prinzipien, von deren Verwirklichung der politische Fortschritt unserer Zeit abhängt, in Deutschland willkürlich außer Kraft gesetzt werden. Sie wird immer wieder darauf hinweisen, daß die kommunistische Forderung in sich widersinnig ist, eine Wiedervereinigung Deutschlands hänge von der vorangehenden internationalen Anerkennung der Spaltung ab. Sie wird sich bei diesem Hinweis darauf beziehen, daß bisher kein Befürworter der Spaltung Deutschlands die Frage zu beantworten vermochte, aus welchen Gründen dieser widernatürliche Umweg zweckmäßig und notwendig sei. Kein Volk der Erde würde sich auf ein solches Verlangen einlassen. Jedes Mitglied der Vereinten Nationen würde solche an seine Adresse gerichteten Forderungen anderer Mächte schärfstens und mit Erbitterung zurückweisen. Eben aus diesem Grund glaubt sich die Regierung der Bundesrepublik Deutschland zu der Forderung berechtigt, daß das Selbstbestimmungsrecht der Völker, wenn es seinen Sinn bewahren soll, nicht zum Gegenstand dialektischer Experimente gemacht werden darf. Sie wird sich in Übereinstimmung mit der Charta der Vereinten Nationen mit allen verfügbaren Kräften dafür einsetzen, daß dieses Recht unteilbar bleibt und im Interesse der Wahrung des Weltfriedens respektiert wird.

VS-Bd. 5622 (V 1)

Fortsetzung Fußnote von Seite 707

Aufgabe sehe. Vgl. EUROPA-ARCHIV 1952, S. 4850 und 4938. Für den Wortlaut der Resolution Nr. 510 vgl. UNITED NATIONS RESOLUTIONS, Serie I, Bd. III, S. 176 f.

166

Botschafter von Walther, Moskau, an das Auswärtige Amt

Z B 6-1-10007/66 VS-vertraulich
Fernschreiben Nr. 616

Aufgabe: 25. Mai 1966, 16.35 Uhr¹
Ankunft: 25. Mai 1966, 16.56 Uhr

I. Die sowjetische Note vom 17.5.1966², die für hiesige Verhältnisse im Ton gemäßigt ist, reflektiert mit ihren Angriffen auf die amerikanische Präsenz in Europa und auf die amerikanischen Abrüstungsvorschläge³ einerseits, und der Betonung des europäischen Charakters der europäischen Sicherheit⁴ andererseits, die gegenwärtige Taktik der UdSSR. In der Sache ist die Note intransigent und ohne Bekundung einer Kompromißbereitschaft. Offensichtlich beabsichtigen die Sowjets aber nicht, sich mit ihrer Antwort den Weg für ein künftiges Gespräch zu verbauen. Zwar lehnen sie die Gedankengänge unserer Friedensnote ab, sprechen aber in Ziffer 9 ihrer Note von der Hoffnung, daß es zu einer Zusammenarbeit mit der Bundesregierung kommen könne, wenn auch die dort beispielsweise genannten Projekte⁵ nicht auf der Linie unseres Interesses liegen.⁶ Diese Haltung, wie auch die gegenwärtige taktische Lage der SU, spricht dafür, daß die Sowjets nicht an einem substantiellen Gespräch mit uns interessiert sind, andererseits aber nicht alle Möglichkeiten verbauen wollen.

Die sowjetische Stellungnahme zu unserer Friedensnote⁷ ist aus hiesiger Sicht nicht überraschend. Nachdem auf dem 23. Parteitag die Linie der bisherigen Deutschlandpolitik erneut bekräftigt wurde⁸, war diese Reaktion zu erwarten.

1 Hat Botschafter Schnippenkötter am 1. Juni 1966 vorgelegen.

2 Für den Wortlaut vgl. DzD IV/12, S. 723–732.

Die Note wurde vom sowjetischen Botschafter Smirnow am 17. Mai 1966 Staatssekretär Carstens übergeben. Die Übergabe erfolgte, nachdem Carstens die Annahme des russischen Textes ohne Übersetzung zunächst verweigert und auf der Hinzuziehung von Dolmetschern bestanden hatte. Im weiteren Verlauf wies er einige Punkte der Note zurück, sagte jedoch zu, die Bundesregierung werde die in ihr enthaltenen Vorschläge „mit der Aufmerksamkeit prüfen, die sie verdienten“. Vgl. die Aufzeichnung des Dolmetschers Richter vom 17. Mai 1966; Büro Staatssekretär, Bd. 400.

Für eine erste Analyse der Note vgl. auch die Aufzeichnung des Botschafters Schnippenkötter vom 18. Mai 1966; Referat II B 1, Bd. 972.

3 Zum amerikanischen Entwurf vom 1. Februar 1966 für ein Nichtverbreitungsabkommen vgl. Dok. 30.

4 Zum Vorschlag des sowjetischen Außenministers Gromyko vom 27. April 1966 über die Einberufung einer europäischen Sicherheitskonferenz vgl. Dok. 142. Vgl. weiter Dok. 180.

5 Die sowjetische Regierung äußerte die Hoffnung, mit der Bundesregierung die folgenden Fragen erörtern zu können: sofortiger Abschluß eines Vertrages über die Nichtverbreitung von Kernwaffen; Abzug ausländischer Streitkräfte von fremdem Hoheitsgebiet; Auflösung der militärischen Blöcke; Unterstützung der Abrüstungsvorschläge der DDR und der polnischen Regierung; Nutzung aller Möglichkeiten zur Aktivierung und zum Ausbau friedlicher, politischer, wirtschaftlicher, wissenschaftlicher, technischer und kultureller Beziehungen; Einberufung einer europäischen Sicherheitskonferenz; Aufnahme der Bundesrepublik und der DDR in die UNO; abschließende Friedensregelung „unter Berücksichtigung der in Europa tatsächlich gegebenen Lage“. Vgl. DzD IV/12, S. 731 f.

6 Der Passus „wenn auch ... Interessen liegen“ wurde von Botschafter Schnippenkötter durch Fragezeichen hervorgehoben.

7 Zur Note der Bundesregierung vom 25. März 1966 vgl. Dok. 58.

8 Zu den Ausführungen des Ersten Sekretärs des ZK der KPdSU, Breschnew, auf dem XXIII. Parteitag der KPdSU am 29. März 1966 vgl. Dok. 108, Anm. 7, und Dok. 125, Anm. 38.

Ich darf in diesem Zusammenhang auch auf meinen Drahtbericht Nr. 305 vom 23.3. verweisen.

II. Im einzelnen ist zu einigen der wesentlichen Punkte der Note vom 17.5. folgendes zu bemerken:

- 1) Die sowjetische Stellungnahme zu unserem Vorschlag, Gewaltverzichtserklärungen auszutauschen⁹, ist weniger deutlich als z.B. die polnische Note¹⁰. Jedoch dürften die Sowjets, ebenso wie die Polen, unsere Nichterwähnung der SBZ im Zusammenhang mit dem Gewaltverzicht als Hindernis für den Austausch von Gewaltverzichtserklärungen ausgeben.¹¹
- 2) Die Tatsache, daß die Berlinfrage nach längerem Schweigen wieder expressis verbis vorgebracht wurde¹², ist kein Anlaß zu der Annahme, die Sowjets beabsichtigten, ihre bisherige Haltung der Berlinfrage zugunsten einer erneuten Pression aufzugeben. Die Erwähnung Berlins dürfte pro memoria erfolgt sein.
- 3) Die in Ziffer 3 der Note verwandte Formulierung [die] Völker Europas hätten dem deutschen Militarismus eine Rechnung zu präsentieren (bereits von Gromyko in seiner Erklärung vor dem Obersten Sowjet im Dezember 1965 gebraucht)¹³ dürfte nicht bedeuten, daß die UdSSR an Reparationen im klassischen Sinne denkt. In sowjetischer Sicht soll diese Rechnung durch die Anerkennung der gegenwärtigen Grenzen Deutschlands und der Existenz der „DDR“ durch die Bundesregierung beglichen werden.
- 4) Unserem Vorschlag eines Einfrierens und einer stufenweisen Verringerung der Atomwaffen in ganz Europa ist den Sowjets offensichtlich besonders unangenehm gewesen, da er ihrem Grundsatz zuwiderläuft, möglichst nur über das Potential des Gegners zu verhandeln. Die sowjetische Reaktion zeigt, daß die UdSSR trotz der Betonung des europäischen Charakters der europäischen Sicherheit das amerikanische Machtpotential unverändert zur Grundlage auch ihrer politischen Strategie macht. Auf dieser Linie liegt ebenfalls der altbe-

⁹ Dazu legte die sowjetische Regierung in der Note vom 17. Mai 1966 dar, sie trete für den Abschluß von Nichtangriffspakt oder den Austausch entsprechender Erklärungen über den Verzicht auf die Anwendung von Gewalt im Verhältnis zwischen den europäischen Staaten ein. Dies sei im gegenwärtigen Zeitpunkt „ein wichtiges Element zur Erhöhung der europäischen Sicherheit“. Sie begrüßte daher die Erklärung der Bundesregierung, keine Gewalt bei der Lösung der Deutschland-Frage anwenden zu wollen. Gleichzeitig stelle sie aber einen Widerspruch fest, wenn die Bundesregierung „bei anderer Gelegenheit mit allem Nachdruck [betonte], ohne eine Lösung der deutschen Frage gemäß den Forderungen der Bundesrepublik Deutschland könne es in Europa weder einen dauerhaften Frieden noch Sicherheit geben, was nichts anderes heißt, als daß es Krieg geben wird“. Vgl. DzD IV/12, S. 729.

¹⁰ Zur Note der polnischen Regierung vom 28. April 1966 vgl. Dok. 124.

¹¹ Dieser Satz wurde von Botschafter Schnippenkötter angeschlängelt.

¹² In der Note vom 17. Mai 1966 legte die sowjetische Regierung dar, daß im Rahmen einer deutschen Friedensregelung innerhalb eines europäischen Sicherheitssystems auch Berlin (West), das ein „selbständiges politisches Gebilde“ darstelle, seinen Platz finden könne. Vgl. DzD IV/12, S. 732.

¹³ Am 9. Dezember 1965 erklärte der sowjetische Außenminister: „Die Sowjetunion und andere Staaten, die Opfer der deutschen Aggression waren, haben das Recht, die Rechnung für alles, was der von Deutschland entfesselte Krieg angerichtet hat, zu präsentieren [...]. Diese Rechnung ist nicht im Bewußtsein unseres Volkes auszulöschen. Und wenn der Wahnsinn in der Politik derer, die diese Politik in Westdeutschland bestimmen, es notwendig werden läßt, wird unser Volk die Rechnung präsentieren.“ Vgl. DzD IV/11, S. 986.

kannte, auf dem 23. Parteitag allerdings nicht erwähnte Vorschlag einer Auflösung der NATO und des Warschauer Paktes.

5) Das in Ziffer 9 gestellte Verlangen, die VN müßten „zu einer wahrhaft universalen Organisation gemacht werden, die in der Lage ist, auch auf die Lage in Mitteleuropa Einfluß zu nehmen“, demonstriert das sowjetische Bemühen, unsere Deutschlandpolitik, speziell unser Alleinvertretungsrecht, auch im weltweiten Rahmen zu Fall zu bringen. Symptomatisch für dieses Bemühen ist ferner das auch in der Note vom 17.5. kaum verhüllte Interesse der Sowjets an der Aufnahme „beider deutscher Staaten“ in die VN. Ich verweise hierzu auf den Drahtbericht Nr. 435 vom 22.4.

III. Die Prawda hat am 21. Mai in einem Artikel mit der Überschrift „Die Völker werden dem Revanchismus den Weg versperren“ die sowjetische Note kommentiert.¹⁴ Bemerkenswert an diesem Artikel ist, daß er die Note an Schärfe weit übertrifft. Unsere Note wird als revanchistisches Manifest bezeichnet, dessen Hauptthese sei, Deutschland bestehe innerhalb der Grenzen von 1937 fort. Sie enthalte nicht einmal einen Wink, daß die Ansprüche der Sudetendeutschen auf Rückkehr¹⁵ abgelehnt werden. Bemerkenswert ist auch die Qualifizierung der amerikanischen Präsenz in Deutschland. Nach dem Artikel planen die Amerikaner, die Bundesrepublik als Stoßtruppe, als Lieferer von Kanonenfutter und als eine Art von Magnet zur Anziehung eines atomaren Vergeltungsschlages der Sowjets zu benutzen.

[gez.] Walther

VS-Bd. 3990 (II B 1)

¹⁴ Vgl. den Artikel von V. Chvostov: „Narody pregradjat put' revansizmu“; PRAVDA, Nr. 141 vom 21. Mai 1966, S. 5.

¹⁵ Vgl. dazu Dok. 31.

167

**Gespräch des Bundesministers Schröder mit dem
amerikanischen Botschafter McGhee**

Z A 5-46.A/66 geheim**27. Mai 1966¹**

Der Herr Bundesminister des Auswärtigen empfing am 27. Mai 1966 um 11.30 Uhr den amerikanischen Botschafter, Herrn McGhee, zu einem Gespräch.

Der *Botschafter* übergab dem Herrn Minister einleitend den Text der Erklärung, die Herr McCloy anlässlich eines Hearings vor einem Ausschuß des Senats abgegeben hatte.²

Der Botschafter erwähnte sodann das jüngste Gespräch Botschafter Knappsteins im State Department³, aus dem hervorgegangen sei, daß man wegen der Amerikaner besorgt sei. Der Botschafter fragte nach den Gründen hierfür.

Der Herr *Minister* erwiderte, die interne Diskussion in den Vereinigten Staaten, mit der der Botschafter vertrauter sei als er selbst und die unter den Mitgliedern des Senats und des Kongresses eine gewisse Bewegung zeige, sei für manchen hier, vielleicht nicht für alle, etwas verwirrend. Deshalb sei es gut, – da die Minister doch erst in ein paar Tagen zusammentreffen könnten⁴ – wenn der deutsche Botschafter aus berufenem amerikanischem Munde angesichts der wogenden Szenerie etwas über die amerikanische Haltung erfahre, wie sie offiziell eingenommen worden sei, besonders anlässlich des Besuchs von Herrn McCloy⁵, und höre, daß sich an der Position des Präsidenten und der Regierung nichts geändert habe. Es liege auf der Hand, daß die eingetretene Bewegung Störungen und Irritierungen auslöse und von gewissen Kreisen

¹ Die Gesprächsaufzeichnung wurde vom Vortragenden Legationsrat Weber am 1. Juni 1966 gefertigt.

Hat Bundesminister Schröder vorgelegen.

Am 13. Juni 1966 leitete Ministerialdirigent Simon die Gesprächsaufzeichnung an Staatssekretär Carstens „zur persönlichen Unterrichtung“ mit der Bitte um anschließende Rückgabe. Vgl. VS-Bd. 10088 (Ministerbüro); B 150, Aktenkopien 1966.

² Im Rahmen der öffentlichen Anhörungen zur NATO-Krise hörte der Unterausschuß für nationale Sicherheit und internationale Tätigkeit des Senats am 25. Mai 1966 den Sonderbeauftragten des amerikanischen Präsidenten für die Dreier-Gespräche. Im Mittelpunkt standen dabei die Frage einer Reduzierung amerikanischer Truppen aus Europa sowie die NATO-Krise. Zur Frage eines Abzugs französischer Truppen führte McCloy aus, „dies sei für Deutschland ein großes Problem. Deutschland wolle die französischen Einheiten nicht verdrängen, aber die Problematik des militärischen Auftrags dieser Truppen und des Status sei sehr groß. Die deutsche Haltung sei vernünftig (reasonable). Letztlich sei es Sache der Deutschen zu entscheiden, was zu geschehen habe, doch habe das Problem auch erhebliche symbolische Bedeutung.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 1249 des Botschafters Knappstein, Washington; Referat II A 7, Bd. 1224.

³ Zu den Gesprächen mit dem amerikanischen Außenminister Rusk, dem Sonderberater des amerikanischen Präsidenten für NATO-Fragen, Acheson, sowie dem Sonderbeauftragten des amerikanischen Präsidenten für die Dreier-Gespräche, McCloy, vgl. Dok. 160.

⁴ Zur Tagung der Außenminister der NATO-Mitgliedstaaten ohne Frankreich am 6. und des NATO-Ministerrats am 7./8. Juni 1966 in Brüssel vgl. Dok. 182.

Für das Gespräch des Bundesministers Schröder mit dem amerikanischen Außenminister Rusk am 5. Juni 1966 in Brüssel vgl. Dok. 179.

⁵ Der Sonderbeauftragte des amerikanischen Präsidenten für die Dreier-Gespräche hielt sich vom 15. bis 17. April 1966 in Bonn auf. Vgl. Dok. 110 und Dok. 111.

willkommen aufgegriffen werde. Um den Argumenten dieser Kreise entgegentreten zu können, sei es gut, wenn man sagen könne, man habe vom Präsidenten und Außenminister gehört, daß unbeirrt an der Position festgehalten werde, wie sie McCloy dargelegt habe, und daß sich trotz der bewegten Szenerie nichts geändert habe. Dies sei die Absicht gewesen, und wie die Dinge lägen, halte er es für sehr gut, daß dies in unmittelbarer Weise zum Ausdruck komme. Hier werde immer wieder gesagt, im Falle der MLF⁶ habe es auch geheißen, die amerikanische Position sei so und so, danach habe man aber durch die eigene Erfahrung feststellen müssen, daß die amerikanische Haltung doch zweifelhaft gewesen sei. Es werde ferner gesagt, man müsse das amerikanische Bedürfnis in Rechnung stellen, sich nicht zu sehr mit de Gaulle anzulegen⁷, sowie die Tatsache, daß Vietnam immer mehr Kraft und Intensität der Vereinigten Staaten beanspruche, wodurch Amerika von anderen Dingen abgelenkt werde. Er gebe dies nur als Beispiel für die Argumente, bei denen man sich auf amerikanische Quellen stütze. Deshalb sei es gut gewesen, eine Darlegung der amerikanischen Haltung aus verantwortlichem Munde zu hören. Damit habe man nun die Möglichkeit zu sagen, die amerikanische Regierung selbst habe noch einmal ihren Standpunkt dargelegt und bekräftigt. Es sei nämlich ein Unterschied, ob auf einer Konferenz die Hauptdarsteller anwesend seien – und bei den Fragen der Neugestaltung der NATO handle es sich um eine permanente Konferenz –, oder ob sie weiter auseinander disloziert seien. Die Sache werde sich lange hinziehen. Wie wichtig ein enger persönlicher Kontakt sei, habe die Erfahrung gelehrt, die man unter den Fünf in Brüssel gesammelt habe.⁸ Deswegen müsse auch unter den Vierzehn und besonders unter den unmittelbar Beteiligten eine möglichst enge Verbindung bestehen.

Der *Botschafter* erklärte, an der amerikanischen Haltung habe sich nichts geändert, und verwies auf die jüngste Erklärung von McCloy.

Der Herr *Minister* bemerkte, er habe keinen Zweifel daran, daß McCloys Haltung fest sei.

Der *Botschafter* fuhr fort, daß McCloy ein Berater des Präsidenten sei. Im Kongreß gebe es keine Sympathie für de Gaulle, und auch im State Department genieße er keine Unterstützung. Im Gegenteil, die führenden Leute des State Department würden in der Öffentlichkeit schon als „deutsche Lobby“ bezeichnet. Dies gelte in gleicher Weise für Acheson, der ganz offensichtlich pro-deutsch eingestellt sei, wie es für McCloy und Ball gelte. Der Präsident selbst sei den Deutschen sehr zugetan und habe ein sehr enges persönliches Verhältnis mit dem Herrn Bundeskanzler. Mit Senator Church⁹ habe er auch noch gesprochen und dabei festgestellt, daß er die Auffassungen des Herrn Ministers teile und die NATO als wichtiger ansehe als die deutsch-französische Freundschaft. Bisher seien die Aussagen bei den Hearings sehr gut gewesen.¹⁰

6 Zum Projekt einer MLF vgl. Dok. 46, Anm. 10.

7 Vgl. dazu auch Dok. 160, Anm. 5 und 6.

8 Zur Beilegung der EWG-Krise auf der Ministerratstagung am 28./29. Januar 1966 in Luxemburg vgl. Dok. 25.

9 Zur Europa-Reise des Senators Church vom 1. bis 14. Mai 1966 vgl. Dok. 155, besonders Anm. 7.

10 Im Rahmen der Anhörungen des Unterausschusses für nationale Sicherheit und internationale Tätigkeit des Senats sprachen u. a. am 27. April 1966 der Sonderberater des amerikanischen Präsidenten für NATO-Fragen, Acheson, und am 19. Mai 1966 der an der Harvard Universität leh-

Er wisse allerdings auch, daß einige Deutsche, darunter beispielsweise Herr Beitz, einen andersartigen Eindruck bekommen hätten. Beitz habe sich mit dem Vizepräsidenten unterhalten, doch sei der Einfluß, den der Vizepräsident auf politische Entscheidungen ausübe, sehr gering. Außerdem habe er mit Journalisten gesprochen, die schon von Berufs wegen immer das Gegenteil sagten, und mit Geschäftsleuten, die aber auch nicht die Regierung bildeten. Die amerikanische Position sei genau so wie sie in den Gesprächen McCloys und während der Verhandlungen in der Dreiergruppe dargelegt worden sei. Man stimme den Vorschlägen in dem Papier Thomsons¹¹ zu. Erst vor kurzem habe Außenminister Rusk dem belgischen Außenminister die amerikanische Haltung erläutert.¹² Der Botschafter zeigte dem Herrn Minister ein Telegramm über dieses Gespräch. Achesons Haltung sei über jeden Zweifel erhaben, und er sei der Vorsitzende der Arbeitsgruppe, welche die Empfehlungen an den Präsidenten ausarbeite. Es bestehe kein Anlaß zu der Befürchtung, daß sich die derzeitige Linie ändere, da sie von der Öffentlichkeit weitgehend unterstützt werde, und es gebe keinerlei Tendenz, im gegenwärtigen Zeitpunkt de Gaulle zu schwächen. Zwar treffe es zu, daß die Vereinigten Staaten und Frankreich eine traditionelle Freundschaft verbinde und sich die Amerikaner nicht unter dem gleichen unmittelbaren Druck befänden wie die Deutschen, doch habe de Gaulle fast den gesamten guten Willen, den er in Amerika besessen habe, vertan. Die Bundesregierung habe keinen Anlaß, darüber besorgt zu sein, daß die von amerikanischer Seite eingenommene Haltung geändert werde. Die Haltung der amerikanischen Regierung sei klar. Deutscherseits könne man die ins Auge gefaßte Politik im Vertrauen auf Amerika durchführen.

Der Herr *Minister* erinnerte daran, daß er McCloy gesagt habe, die Bundesregierung brauche gar nicht dazu gedrängt zu werden, eine besondere Linie einzuschlagen, da die deutsche Linie die gleiche wie die amerikanische sei, und man diese Linie für die richtige halte. Was man aber brauche, sei die uneingeschränkte Unterstützung bei der Durchsetzung dieser Linie gegenüber Frankreich. Da dies aber sehr kompliziert sei im Hinblick auf das deutsch-französische Verhältnis in Europa und auf die Tatsache, daß das deutsch-französische Verhältnis von einer gewissen Ideologie und Sentimentalität umrankt sei, könne der gemeinsame Standpunkt nur durchgesetzt werden, wenn die Vereinigten Staaten einen solchen Weg bis zum Ende mitgingen. Deutscherseits wolle man nicht in eine Lage geraten, in welcher von der gesamten Allianz gesagt werde, auch wenn die französischen Streitkräfte in Deutschland nur einen Minimalauftrag hätten, sei dies besser als überhaupt nichts und deshalb sollten die Deutschen wegen der Statusfrage keine überhöhten Anforderungen stellen. Ebenso wenig wolle man in die Lage geraten, daß man zunächst eine

Fortsetzung Fußnote von Seite 713

rende Wirtschaftswissenschaftler Thomas C. Schelling. Für den deutschen Wortlaut der Ausführungen von Acheson vgl. EUROPA-ARCHIV 1966, D 339–342. Vgl. ferner den Drahtbericht Nr. 1008 des Botschafters Knappstein, Washington, vom 28. April 1966; Referat II A 7, Bd. 1224.

Am 21. Juni 1966 wurde der amerikanische Verteidigungsminister McNamara vor dem Unterausschuß gehört. Für den Wortlaut der Erklärung vgl. Referat II A 7, Bd. 1225.

¹¹ Zum Vorschlag des Kanzlers des Herzogtums Lancaster über das gemeinsame Vorgehen der Vierzehn gegenüber Frankreich vgl. Dok. 155, Ann. 9.

¹² Der belgische Außenminister Harmel hielt sich vom 19. bis 23. Mai 1966 zu Gesprächen in Washington auf. Für das Gespräch von Harmel mit dem Präsidenten Johnson vgl. FRUS 1964–1968, XIII, S. 392–395.

klare Sache formuliere, sich dann aber mit weniger zufrieden gebe und den Deutschen rate, sie sollten keine Schwierigkeiten machen, da die Anwesenheit französischer Streitkräfte so wichtig sei, daß man in beiden Bereichen nachgeben müsse. Dies wäre sehr schlecht und gefährlich und sollte unter allen Umständen vermieden werden.

Der *Botschafter* stimmte dem zu und wiederholte, man brauche wegen der Vereinigten Staaten nicht in Sorge zu sein. Die Amerikaner träten für eine harte Linie ein, eine Linie, die härter sei, als sie von manchen CDU-Kreisen und von einigen der europäischen Verbündeten befürwortet werde. Dafür seien Leute wie Acheson und McCloy die besten Garanten.

Auf den Einwand des Herrn *Ministers*, daß Acheson und McCloy aber nicht der Präsident seien, bemerkte der *Botschafter*, sie seien es aber, die ihn berieten. Was die MLF angehe, so sei sie nicht auf eine Initiative des Präsidenten zurückgegangen, und dieses Projekt habe nur deshalb nicht zum Erfolg geführt, weil die Engländer nicht mitgemacht hätten. Im übrigen habe es sich dabei nur um eine „gimmick solution“¹³ gehandelt.

Der Botschafter ging sodann auf die außenpolitische Debatte im Bundestag¹⁴ ein, bei der die Regierung doch sehr gut abgeschnitten habe.

Wie der Herr *Minister* bemerkte, habe die Regierung keine Konzessionen gemacht, und die gefundenen Formeln seien brauchbar. Die Darstellung und Haltung des Bundeskanzlers sei in Seidenpapier eingewickelt worden, und der Ton werde schöner gefunden. Dies seien rein äußere Kennzeichen. Er wisse aber nicht, ob die Opponenten innerhalb der Fraktion alle Fragen im Zusammenhang mit der französischen Position klar sähen. In anderen Worten, sie gingen davon aus, daß auf dieser Grundlage relativ leicht eine Übereinstimmung zustande kommen könne. Sie hätten jedoch keine Vorstellung von den Schwierigkeiten, und er wage nicht vorauszusagen, ob ihre Position sanfter würde, wenn sie diese Schwierigkeiten erkannten. Man wisse nicht genau, was die französische Position sei, und man könne nur schwer sagen, wie weit de Gaulle von seiner Haltung abzugehen bereit sei. Er möchte deswegen darüber auch keine Prophezeiung machen.

Der *Botschafter* fragte, warum Herr Strauß in der Debatte seinen Standpunkt nicht vertreten habe.¹⁵

¹³ Zu diesem Ausdruck nahm Vortragender Legationsrat Weber in einer Anlage Stellung. Zur Erklärung verwies er auf die vom amerikanischen Botschafter gegebene Umschreibung „trick solution“ und ergänzte, daß der Ausdruck „im Deutschen etwa mit ‚Trick‘, ‚Dreh‘, ‚Kunstkniff oder ‚praktischer Behelf‘ wiederzugeben“ wäre. Vgl. VS-Bd. 10088 (Ministerbüro); B 150, Aktenkopien 1966.

¹⁴ Zu einer außenpolitischen Aussprache des Bundestages kam es am 17./18. Mai 1966 anlässlich der zweiten Beratung des Haushalts 1966 sowie am 25. Mai 1966 im Anschluß an eine außenpolitische Erklärung des Bundeskanzlers Erhard. Vgl. BT STENOGRAPHISCHE BERICHTE, Bd. 61, S. 1807–1854 und S. 2027–2034.

¹⁵ Am 17. Mai 1966 nahm der CSU-Vorsitzende zur Vorlage des Haushalts 1966 Stellung. Dabei ging Strauß nur kurz auf die NATO-Krise ein und führte aus, daß Staatspräsident de Gaulle durch seine Methoden Schwierigkeiten für eine Verständigung geschaffen habe. Aber es wäre auch falsch zu erkennen, daß sich seit Gründung der NATO Veränderungen vollzogen hätten, denen „die schwerfällige Bündnis-Beratungsapparatur nicht rechtzeitig nachgekommen“ sei. Vgl. BT STENOGRAPHISCHE BERICHTE, Bd. 61, S. 1823.

Der Herr *Minister* sagte, er könne das nicht erklären, doch sei dies eine Frage des Charakters.

Der *Botschafter* fragte, ob sich Strauß damit nicht eine Gelegenheit habe entgehen lassen.

Der Herr *Minister* bemerkte, mit der Bitte, dies nicht in das Berichtstelegramm aufzunehmen, daß Strauß in Wirklichkeit die französische Position nicht genau verstanden habe, wenn er glaube, die Franzosen wollten über eine neue Abmachung verhandeln. Dies sei ein Irrtum.

Der *Botschafter* ging davon aus, daß die Regierung nunmehr in einer sehr starken Position sei, da sich die Öffentlichkeit doch nie mit einer Wiederbelebung des Besetzungsregimes abfinden würde. Der französische Vorschlag, die deutsche Seite müsse erst sagen, ob sie französische Truppen weiterhin in Deutschland wünsche¹⁶, sei nicht akzeptabel, da dies etwa genauso wäre, wie wenn jemand ein Haus kaufen wolle, es aber erst kaufen müsse, bevor er es sehe und genauer kenne. Der *Botschafter* fragte, ob die Opponenten ihre Aktion fortsetzen würden.

Der Herr *Minister* sagte, es handle sich um eine schwierige psychologische Frage, da es bei Adenauer vor allem um eine Opposition gegen den Bundeskanzler gehe.¹⁷

Der *Botschafter* fragte, was nun am 1. Juli¹⁸ geschehen werde.

Der Herr *Minister* antwortete, man müsse sehen, daß die Gespräche so bald wie möglich aufgenommen würden. Einige Formeln seien bereits in der Dreiergruppe behandelt worden.¹⁹ Deutscherseits werde man die bisherige Grundlinie beibehalten. Wenn am 1. Juli die französischen Truppen aus der Integration herausgenommen würden, könnten sie nicht mehr die gleichen Rechte haben. Für die Zwischenzeit müsse man sehen, welche Lösung gefunden werden könne.

Die Frage des *Botschafters*, ob ein formelles Abkommen für die Zwischenzeit ins Auge gefaßt werde, beantwortete der Herr *Minister* mit dem Hinweis, daß darüber noch nicht gesprochen worden sei, und er sich auch nicht festlegen wolle. Vielleicht könne diese Frage durch eine bilaterale, vielleicht auch durch eine einseitige Erklärung geregelt werden.

Der *Botschafter* erkundigte sich sodann nach dem Verlauf der Londoner Gespräche.²⁰

¹⁶ Vgl. dazu Dok. 131.

¹⁷ In einem Interview führte der ehemalige Bundeskanzler Adenauer aus: „Mit großem Ernst möchte ich davor warnen, sich in juristische Auseinandersetzungen zu verlieren. Die Formulierung juristischer Feinheiten führt uns nicht weiter, sondern bringt zwangsläufig nur eine größere Verhärtung der Standpunkte.“ Ein offenes Gespräch, bei dem nicht jeder Satz sofort veröffentlicht zu werden brauchte, könnte allein zu dem Ausgleich führen, den Deutschland und Frankreich wünschten und brauchten. Vgl. dazu den Artikel „Erhard will unnötigen Streit mit Frankreich vermeiden“, DIE WELT, Nr. 118 vom 23. Mai 1966, S. 1.

¹⁸ In ihrem Aide-mémoire vom 29. März 1966 kündigte die französische Regierung die Beendigung der Unterstellung ihrer Truppen unter den integrierten NATO-Oberbefehl zum 1. Juli 1966 an. Vgl. dazu Dok. 100, Anm. 14. Vgl. ferner Dok. 137, Anm. 10.

¹⁹ Vgl. dazu Dok. 137, besonders Anm. 6, 8, und 9.

²⁰ Zu den deutsch-britischen Regierungsbesprechungen vom 23./24. Mai 1966 vgl. Dok. 156, Dok. 158 und Dok. 162-164.

Wie der Herr *Minister* erwiderte, sei der Besuch in allen Punkten gut, freundlich und offen gewesen und habe in einer angenehmen Atmosphäre stattgefunden. Eine schwierige Frage sei noch nicht gelöst: wo und wie man die Mittel zum Ausgleich der britischen Devisenausgaben finde.²¹ Es sei ein ähnliches Problem wie im Falle der Vereinigten Staaten²², doch sei es dort leichter wegen der Möglichkeit größerer Waffenbezüge. Nunmehr werden sich aber zunächst der deutsche und der britische Finanzminister treffen²³, und außerdem werde eine gemischte Kommission zur Prüfung der Frage eingesetzt werden, so daß das Problem auf breiter wirtschaftlicher Ebene untersucht werde. Es handle sich nicht um eine budgetäre Frage, sondern um eine reine Devisenfrage, wobei man deutscherseits davon ausgehe, was auch für die Vereinigten Staaten gelte, daß jeder für seine Streitkräfte selbst bezahle und die Frage nur laute, wie die Devisenausgaben erstattet werden könnten. Es sei keine Frage eines Beitrags zum Militärhaushalt.

Der *Botschafter* bezeichnete diese Frage sowohl für Großbritannien wie für die Vereinigten Staaten als schwierig. Im Falle Amerikas ergebe sich die Schwierigkeit aus dem Defizit von jährlich 2 Milliarden Dollar.²⁴ Deutscherseits sei man erheblich im Rückstand²⁵, und selbst wenn eine Milliarde als Vorauszahlung geleistet würde, wäre man noch immer im Rückstand.

Der Botschafter fragte, ob im Zusammenhang mit der NATO-Frage die Engländer ihre ursprünglichen juristischen Bedenken²⁶ aufrecht erhielten.

Der Herr *Minister* sagte, die britische Haltung sei ausgezeichnet gewesen und habe der Linie entsprochen, wie sie behandelt worden sei. Die Art, wie die Engländer das NATO-Problem behandelten, sei ohne eine Beanstandung. Man habe jedenfalls keinen Anlaß, etwas anderes anzunehmen.

Auf die Frage des *Botschafters* nach den Aussichten auf einen britischen Beitritt zum Gemeinsamen Markt²⁷ erwiderte der Herr *Minister*, es habe sich nichts Neues ergeben, und dieser Teil der Gespräche finde auch seinen Niederschlag im Kommuniqué.²⁸ Die Beitrittsmöglichkeiten bedürften einer sehr sorgfältigen, geradezu wissenschaftlichen Prüfung. Ihm persönlich schwebe eine Art Beitrittsplan vor, aus dem hervorgeinge, wie im einzelnen ein Beitritt erfolgen könne. Dies würde auch helfen, der Sache einen neuen Impetus zu ge-

21 Vgl. dazu Dok. 162 und Dok. 164.

22 Zur Frage des Devisenausgleichs mit den USA vgl. Dok. 161.

23 Zum Gespräch des Bundesministers Dahlgrün mit dem britischen Schatzkanzler Callaghan am 30. Juni 1966 in London vgl. Dok. 216.

24 Dazu teilte der amerikanische Finanzminister Fowler gegenüber der Presse mit, das Zahlungsbalanzdefizit der USA beläufe sich im 1. Quartal 1966 auf 580 Mio. Dollar, verglichen mit 356 Mio. Dollar im Vorjahr. Auf das Jahr berechnet bedeute dies einen Fehlbetrag von 2,3 Mrd. Dollar gegenüber 1,3 Mrd. Dollar 1965. Die Devisenkosten des Vietnam-Krieges bezifferte Fowler mit 700 Mio. Dollar. Das durch amerikanische Touristen verursachte Defizit betrage etwa 2 Mrd. Dollar (1965: 1,8 Mrd. Dollar). Vgl. dazu den Artikel „Payments Deficit Rises to \$ 582 Million in 1966“, THE NEW YORK TIMES, International Edition, Nr. 39562 vom 19. Mai 1966, S. 11.

Vgl. dazu auch Dok. 185.

25 Vgl. dazu Dok. 161, Anm. 6.

26 Zu den britischen Vorbehalten gegenüber der Rechtsauffassung der Bundesregierung vgl. Dok. 138, besonders Anm. 8.

27 Vgl. dazu die deutsch-britische Regierungsbesprechung vom 23. Mai 1966; Dok. 158.

28 Für den Wortlaut des Kommunikates vgl. BULLETIN 1966, S. 551.

ben. Außerdem könnte man dann mit größerer Klarheit und Festigkeit den Franzosen entgegentreten. Man müsse der öffentlichen Meinung in Großbritannien, in Deutschland und den anderen Ländern zeigen, um was es gehe und was möglich sei.

Der *Botschafter* fragte, wer einen solchen Plan ausarbeiten würde.

Der Herr *Minister* sagte, er denke an Studien, die zunächst sehr diskret und keinesfalls in der Öffentlichkeit angestellt werden sollten. Die Franzosen wünschten keinen Beitritt Großbritanniens zum Gemeinsamen Markt, und er glaube, nur wenn es einen solchen Plan gebe, der alle Modalitäten und praktikablen Möglichkeiten enthalte, mit denen die Franzosen dann konfrontiert würden, könnten sie zum Nachgeben bewegt werden.

Der *Botschafter* fragte, ob auch über die Ostkredite gesprochen worden sei.

Der Herr *Minister* bejahte diese Frage. Er selbst habe mit Außenminister Stewart darüber geredet²⁹, und die Gespräche würden fortgesetzt werden. Er glaube, es könne eine Lösung gefunden werden, die den Beteiligten Rechnung trage.

Abschließend unterrichtete der Herr Minister den Botschafter mit der Bitte um Unterrichtung von Außenminister Rusk, wann er mit dem amerikanischen Außenminister im Laufe des 5. Juni in Brüssel³⁰ zusammentreffen könnte.

Das Gespräch endete kurz nach 12.30 Uhr.

VS-Bd. 10088 (Ministerbüro)

²⁹ Für das Gespräch vom 24. Mai 1966 vgl. Dok. 163.

³⁰ Für das Gespräch vgl. Dok. 179.

**Gespräch des Bundeskanzlers Erhard mit dem
sowjetischen Botschafter Smirnow**

Z A 5-44.A/66 geheim

27. Mai 1966¹

Am 27. Mai 1966 um 12.00 Uhr empfing der Herr Bundeskanzler den scheidenden sowjetischen Botschafter Smirnow zum Abschiedsbesuch im Palais Schaumburg. Anwesend waren ferner Herr Bundesminister Dr. Westrick und Herr Ministerialdirigent Dr. Osterheld.

Nach einleitenden Worten stellte Botschafter *Smirnow* fest, daß er nach Wiederaufnahme der diplomatischen Beziehungen zwischen den beiden Ländern² rund 10 Jahre als sowjetischer Botschafter in der Bundesrepublik Deutschland tätig gewesen sei.³ Sein oberstes Anliegen während dieses Jahrzehnts sei es stets gewesen, sich für eine Verbesserung der Beziehungen einzusetzen. Wenngleich auch manche Hoffnungen und Erwartungen unerfüllt geblieben seien, so habe es doch auf einigen Gebieten Fortschritte gegeben. Der Stand der wirtschaftlichen Beziehungen⁴ sei in der Summe gesehen doch befriedigend, und auch auf dem kulturellen Sektor und auf dem Gebiet des Sports sei einiges geleistet worden. Ferner könne er mit Befriedigung vermerken, daß im Laufe der letzten Jahre eine Reihe von Delegationen jeweils das andere Land besucht hätten.⁵

Der Herr *Bundeskanzler* bemerkte hierzu, daß nun ja wohl auch das Zustandekommen einer deutschen Architekturausstellung⁶ gesichert sei, was von Botschafter Smirnow bestätigt wurde. Zu einem anderen Thema übergehend, sagte der Herr *Bundeskanzler*, daß die jüngste sowjetische Note⁷ zur Zeit aufmerksam geprüft werde. Er glaube, daß darin einige Ansatzpunkte für die Fortsetzung des politischen Gesprächs vorhanden seien.

Botschafter *Smirnow* antwortete, daß die sowjetische Seite die letzte deutsche Note⁸ sehr aufmerksam studiert habe. Die sowjetische Regierung hätte nach

1 Die Gesprächsaufzeichnung wurde von Legationsrat Buring gefertigt.

2 Vgl. dazu Dok. 96, Anm. 4.

3 Andrej Andrejewitsch Smirnow war seit dem 3. November 1956 in der Bundesrepublik akkreditiert.

4 Die Einführen der Bundesrepublik aus der UdSSR betrugen 1965 1,1 Mrd. DM (1964: 937,1 Mio.). Demgegenüber ging der Export deutscher Waren in die UdSSR von 774,3 Mio. DM 1964 auf 582,3 Mio. DM 1965 zurück. Seitdem das Abkommen vom 31. Dezember 1960 über den Waren- und Zahlungsverkehr am 31. Dezember 1963 ausgelaufen war, wurde der Handel auf vertragsloser Grundlage abgewickelt. Vgl. die Aufzeichnung des Referats II A 4 vom 20. Mai 1966; Referat II A 4, Bd. 762.

5 Zur Wiederaufnahme von Gesprächen über den Abschluß eines Warenabkommens vgl. Dok. 213.

6 Vgl. dazu auch Dok. 1, Anm. 9.

7 Vom 22. Juli bis 21. August 1966 fand in Leningrad die Deutsche Architekturausstellung der Bundesrepublik statt. Die Ausstellung wurde anschließend vom 26. September bis zum 26. Oktober 1966 in Kiew und vom 12. Dezember 1966 bis zum 10. Januar 1967 in Moskau gezeigt. Vgl. dazu Referat II A 4, Bd. 621. Vgl. ferner Joachim PECKERT, Zeitwende zum Frieden. Ostpolitik miterlebt und mitgestaltet, Herford 1990, S. 118–126.

8 Zur Note vom 17. Mai 1966 vgl. Dok. 166.

9 Zur Note der Bundesregierung vom 25. März 1966 vgl. Dok. 58.

Erhalt der Note Weisung erteilt, im Zuge der sowjetischen Antwort jede in der deutschen Note aufgeworfene Frage zu beantworten und die Note keineswegs von vornherein als negativ und uninteressant abzutun, sondern sie sorgfältig daraufhin zu analysieren, ob sie auch positive Elemente enthalte.

Der Herr *Bundeskanzler* erwiederte, er glaube vor allen Dingen in einem Punkt eine gewisse Gemeinsamkeit der Auffassungen aus der sowjetischen Antwortnote entnehmen zu können. Er denke hierbei an die von der Bundesregierung in ihrer letzten Note geäußerte Bereitschaft, mit jedem Land des Ostblocks bilateral eine Erklärung auszutauschen, in der auf die Anwendung von Gewalt gegenüber dem anderen Land verzichtet werde. Die sowjetische Reaktion auf diesen Vorschlag⁹ scheine ihm ein Ansatzpunkt dafür zu sein, diesen Gedanken im gegenseitigen politischen Gespräch zu vertiefen.

Botschafter *Smirnow* sagte, daß es vor allem zwei Dinge gebe, die der sowjetischen Regierung Sorge bereiteten: 1) die atomare Aufrüstung und damit verbunden die Schwierigkeit, zu einem Abkommen über die Nichtweiterverbreitung von Atomwaffen zu gelangen¹⁰, und 2) die amerikanische Aggression in Vietnam¹¹. Zu Punkt 1 sagte der Botschafter, die atomare Aufrüstung könne doch sicherlich nicht im Interesse der Bundesrepublik Deutschland¹² und schon gar nicht im Interesse der europäischen Sicherheit liegen.

Der Herr *Bundeskanzler* warf an dieser Stelle die Frage ein, ob der Botschafter denn nicht an den Abbau der Atomwaffen glaube, worauf dieser antwortete, daß der vor einiger Zeit abgeschlossene Vertrag über ein begrenztes Verbot der Atomwaffenversuche¹³ von der Sowjetunion strikt eingehalten werde. Leider sei die Lage so, daß gewisse Länder die in Moskau getroffenen Vereinbarungen nicht respektierten.

Der Herr *Bundeskanzler* sagte darauf, er hoffe, daß in der Sowjetunion die Überzeugung herrsche, daß die Vereinigten Staaten keineswegs einen Atomkrieg gegen die Sowjetunion zu führen wünschten.

Botschafter *Smirnow* erwiederte, die amerikanische Aggression in Vietnam beunruhige die sowjetische Regierung sehr. Sollte sich die Lage in Vietnam verschärfen, so könnten sich sehr ernste Auswirkungen für die Weltlage ergeben. Sollte es hingegen gelingen, den Vietnam-Konflikt zu beenden, so würde es viel leichter sein, die zwischen den Vereinigten Staaten und der Sowjetunion noch offenen Probleme zu lösen.

Der Herr *Bundeskanzler* äußerte in diesem Zusammenhang die Ansicht, daß die Sowjetunion – vorausgesetzt, daß der Vietnam-Konflikt bald beendet werden könnte – mit den Vereinigten Staaten gewiß eher zu einem Arrangement kommen könnte als mit Rot-China.

⁹ Vgl. dazu Dok. 166, Anm. 9.

¹⁰ Vgl. dazu Dok. 50 und weiter Dok. 177.

¹¹ Zur sowjetischen Haltung gegenüber dem Vietnam-Krieg vgl. Dok. 35, Anm. 4.

¹² Zur Haltung der Bundesregierung hinsichtlich eines Abkommens über die Nichtverbreitung von Kernwaffen bzw. der nuklearen Mitbeteiligung vgl. Dok. 49 bzw. Dok. 46.

¹³ Am 5. August 1963 schlossen die USA, die UdSSR und Großbritannien einen Vertrag, durch den nukleare Versuchsexplosionen in der Atmosphäre, im Weltraum und unter Wasser untersagt wurden. Für den Wortlaut des Teststopp-Abkommens vgl. DOCUMENTS ON DISARMAMENT 1963, S. 291-293.

Nach seiner Meinung hierzu befragt, äußerte Botschafter *Smirnow*, daß er dies durchaus für möglich halte. Er glaube jedoch, daß die Volksrepublik China zur Zeit kein Staat sei, von dem eine Aggression oder eine Bedrohung zu erwarten sei. Wenn die amerikanische Politik von den Chinesen heftig kritisiert werde, so gebe es gute Gründe dafür. Zwischen der Sowjetunion und China bestünden vor allem theoretische Differenzen¹⁴, die sich daraus erklärten, daß dieses Land gegenwärtig eine linksradikale Entwicklungsperiode durchmache, die hoffentlich bald überwunden sein werde. Ähnliches habe es auch in der Entwicklungsgeschichte der Sowjetunion gegeben. Er fürchte nicht, daß sich China zu einer aggressiven Macht entwickeln werde, weil die dort herrschende Gesellschaftsordnung dies von ihren Grundlagen verbiete.

Der Herr *Bundeskanzler* fragte nun den Botschafter, welche Auswirkungen er sich von dem de Gaulle-Besuch in Moskau¹⁵ verspreche.

Botschafter *Smirnow* antwortete, er hoffe, daß dieser Besuch nicht nur zu einer Vertiefung der Beziehungen zwischen den beiden Ländern führen, sondern auch ein Beitrag zur Stabilisierung der Lage in Europa sein werde. Lachend fragte er darauf den Herrn *Bundeskanzler*, warum man denn in der Bundesrepublik so beunruhigt über diesen Besuch sei. Der Herr *Bundeskanzler* entgegnete, von einer Beunruhigung könne keine Rede sein, und er habe erst kürzlich Herrn de Gaulle erklärt, daß die Bundesregierung dem Besuch in Moskau mit großer Ruhe entgegensehe.¹⁶

Botschafter *Smirnow* sagte darauf, viele Staatsmänner aus den verschiedensten Ländern reisten zu Gesprächen nach Moskau. Die sowjetische Regierung, der stets daran gelegen sei, durch solche Gespräche die internationale Lage zu entschärfen, begrüße natürlich die Besuche hervorragender Staatsmänner.

Der Herr *Bundeskanzler* warf ein, die sowjetische Regierung wolle zwar gern mit den verschiedensten ausländischen Staatsmännern sprechen, leider aber nicht mit deutschen. Hierbei erinnerte er an die seinerzeit für den sowjetischen Regierungschef¹⁷ ausgesprochene Einladung, Bonn zu besuchen, die selbstverständlich auch für den derzeitigen Regierungschef gelte.¹⁸ Er würde sich jedenfalls freuen, wenn ein Gespräch zustande käme.

Herr *Bundesminister Westrick* fügte hinzu, daß sich der Botschafter gewiß an das Gespräch erinnere, wo er die Bundesregierung über den seinerzeit in der Sowjetunion vollzogenen Wechsel in bezug auf den Regierungschef unterrichtet habe.¹⁹ Bei dieser Gelegenheit habe der Herr *Bundeskanzler* ausdrücklich betont, daß die Einladung auch weiterhin gelte.

¹⁴ Zum sowjetisch-chinesischen Konflikt vgl. Dok. 35, Anm. 4, und weiter Dok. 187.

¹⁵ Zum Besuch des Staatspräsidenten de Gaulle vom 20. Juni bis 1. Juli 1966 in der UdSSR vgl. Dok. 204.

¹⁶ Vgl. dazu das Gespräch vom 8. Februar 1966; Dok. 36.

¹⁷ Nikita S. Chruschtschow.

¹⁸ Vgl. dazu Dok. 34, Anm. 30 und 31.

Bundeskanzler Erhard wiederholte die Einladung im Rahmen einer Erklärung vor der Presse am 25. April 1966. Vgl. dazu den Artikel „Erhard: Kossygin kann jederzeit kommen“, DIE WELT, Nr. 96 vom 26. April 1966, S. 1.

¹⁹ Für das Gespräch vom 16. Oktober 1964 vgl. AAPD 1964, II, Dok. 286.

Botschafter *Smirnow* erwiderte, die sowjetische Regierung habe grundsätzlich nichts gegen Gespräche mit führenden Politikern aus der Bundesrepublik und auch Herr Kossygin habe sich in diesem Sinne geäußert, allerdings dabei bemerkt, daß es ratsam sei, erst die entsprechenden Voraussetzungen für ein erfolgverheißendes Gespräch zu schaffen. Er werde jedenfalls bei seinem bevorstehenden Besuch in Moskau, bei dem er sicherlich mit Kossygin, Breschnew und Zarapkin zusammenkommen werde, den Wunsch des Herrn Bundeskanzlers nach einem Gespräch übermitteln. Anschließend fragte er, ob der Herr Bundeskanzler noch etwas habe, was er der sowjetischen Regierung übermitteln könne, denn es sei natürlich, daß man ihn in Moskau danach fragen werde.

Der Herr *Bundeskanzler* bekräftigte nochmals seine Bereitschaft zu einem Gespräch und betonte zugleich, daß der Zeitpunkt selbstverständlich sorgfältig gewählt werden müsse. Zur Zeit seien auf internationaler Ebene verschiedene Dinge von weitreichender Bedeutung im Gange – er denke hierbei zum Beispiel an die Genfer Verhandlungen –, deren Ergebnis erst abgewartet werden müsse.

Es folgte nun ein kurzes unpolitisches Gespräch über das Land der künftigen Tätigkeit des Botschafters²⁰ und über andere Dinge.

Abschließend stellte der Herr *Bundeskanzler* fest, daß man den Weggang des Botschafters aufrichtig bedaure, daß man ihn während seiner langjährigen Tätigkeit hier in Bonn stets gern gesehen habe und daß man ihn ungeachtet der Tatsache, daß er stets in aller Offenheit seinen Standpunkt dargelegt und die Ansichten der sowjetischen Regierung mit Nachdruck vertreten habe, stets in guter Erinnerung behalten werde.

Botschafter *Smirnow*, der von dem Abschied sichtlich bewegt war, bedankte sich in liebenswürdigen Worten für die Ausführungen des Herrn *Bundeskanzler* und sagte, daß er auch viele angenehme Erinnerungen an Deutschland mitnehme, was insbesondere für eine große Zahl von menschlichen Begegnungen gelte.

Zum Abschluß des Besuches wünschte der Herr *Bundeskanzler* dem scheidenden Botschafter und seiner Gattin alles Gute für die Zukunft und überreichte ihm ein Kunstabum über Deutschland mit persönlicher Widmung.

Die Unterredung dauerte eine halbe Stunde.

Bundeskanzleramt, AZ: 21-301 00 (56), Bd. 17

²⁰ Andrej Andrejewitsch Smirnow wurde Botschafter in Ankara.

169

**Ministerialdirigent Ruete an die
Ständige Vertretung bei der NATO in Paris**

II B 2-83-54/405/66 geheim
Fernschreiben Nr. 739

Aufgabe: 27. Mai 1966, 19.00 Uhr¹

Betr.: Europäische Sicherheit;

hier: Dänische Anregung für eine westliche Initiative auf der NATO-Ministertagung in Brüssel²

Auf Fernschreiben Nr. 1028 vom 25. Mai 1966³

I. Bei der Behandlung der dänischen Anregung im Rat können Sie sich davon leiten lassen, daß wir uns dem Gedanken, die Probleme der europäischen Sicherheit im Ost-West-Verhältnis zu erörtern und dafür eine Ost-West-Konferenz⁴ zu veranstalten, nicht von vornherein entgegenstellen, sondern durch behutsame Einflußnahme die Risiken mildern und durch aktive Beteiligung an den Überlegungen unsere Interessen wahren wollen.

Wir betrachten das atlantische Bündnis als die gemeinsame politische Plattform der freien Welt, die geeignet ist, auch die Fragen des Ost-West-Verhältnisses einer Lösung näherzubringen.

Der notwendige Dialog sollte auf westlicher Seite von den Partnern des atlantischen Bündnisses gemeinsam oder zumindest in dem Geiste geführt werden, daß die Vorstellungen und Gespräche jedes Partners auf das engste mit den anderen Partnern abgestimmt werden. Wir sind also mit der dänischen Regierung darin einig, daß eine westliche Initiative von der gesamten Allianz unterstützt werden müßte.

¹ Der Drahterlaß wurde von Legationsrat I. Klasse Lankes konzipiert.

Hat Botschafter Schnippenkötter am 27. Mai 1966 vorgelegen.

Hat Staatssekretär Carstens vorgelegen.

² Am 24. Mai 1966 regte der dänische Botschafter bei der NATO in Paris, Schram-Nielsen, im Ständigen NATO-Rat an, daß sich die bevorstehende NATO-Ministerratstagung nicht nur mit der gegenwärtigen NATO-Krise, sondern auch mit einer neuen Initiative des Westens auf dem Gebiet der europäischen Sicherheit befassen solle. Das Feld dürfe nicht allein der sowjetischen Propaganda überlassen werden. Die Konferenz über europäische Sicherheit müsse den Rückhalt der gesamten Allianz haben und die Teilnahme der USA sichergestellt werden. Vgl. den Drahtbericht Nr. 1002 des Botschafters Grewe, Paris (NATO); VS-Bd. 4078 (II B 2); B 150, Aktenkopien 1966.

³ Botschafter Grewe, Paris (NATO), berichtete, der dänische Botschafter bei der NATO in Paris, Schram-Nielsen, habe Vorschläge des Außenministers Haekkerup für eine westliche Initiative zu einer europäischen Sicherheitskonferenz unterbreitet und dabei ausgeführt, der „Westen müsse auf der Konferenz zum Ausdruck bringen, daß er bereit sei, den Realitäten im gesamten Komplex der europäischen Sicherheit einschließlich der Wiedervereinigung Deutschlands auf den Grund zu gehen. Eine westliche Initiative für eine europäische Sicherheitskonferenz würde der öffentlichen Meinung entgegenkommen, die schon seit langem den Wunsch habe, die gegenwärtige Stagnation zu überwinden“. Vgl. VS-Bd. 4078 (II B 2); B 150, Aktenkopien 1966.

⁴ Dieses Wort wurde von Staatssekretär Carstens hervorgehoben. Dazu handschriftliche Bemerkung: „Zwischen wem?“ Daraufhin wurden die Worte „Ost-West“ von Botschafter Schnippenkötter handschriftlich eingefügt.

II. Ausgehend von dieser Haltung bitte ich Sie, in der Aussprache folgende Überlegungen zur Geltung zu bringen:

- 1) Wir müssen daran festhalten, daß die Fragen der europäischen Sicherheit nur im Zusammenhang mit den politischen Problemen Zentraleuropas, insbesondere mit der ungelösten Deutschlandfrage, erörtert werden können und daß die Verantwortung der Vier Mächte für Deutschland als Ganzes nicht beeinträchtigt werden darf. Insoweit ist die Beteiligung der Vereinigten Staaten unerlässlich.
- 2) Da die Sicherheit Europas in hohem Maße von den Vereinigten Staaten gewährleistet wird, wäre eine Änderung der bestehenden Verhältnisse nur im Zusammenwirken mit ihnen möglich.
- Auch aus diesem Grund ist die Mitwirkung der Vereinigten Staaten an einer Konferenz über Europäische Sicherheit erforderlich.
- 3) Die sowjetische Regierung hält es in ihrer Antwort auf unsere Friedensnote⁵ für „wichtig, die Vorschläge der sozialistischen und der anderen Staaten Europas in den Fragen der europäischen Sicherheit“ zu erörtern. Wir haben in Ziffern 2, 4 und 5 Abschnitt V der Friedensnote solche Vorschläge gemacht (Stufenweiser Abbau der Nuklearrüstung in Europa unter vier Voraussetzungen; Gewaltverzicht; Manöverbeobachtung⁶). Wir könnten diese Vorschläge in eine Erörterung über mögliche Konferenzthemen einführen, weil diese die Grundlinien der Deutschlandpolitik enthalten und zugleich Entspannungsprojekte sind.
- 4) Die endgültige Festlegung der Grenzen Deutschlands ist der friedensvertraglichen Regelung mit dem wiedervereinigten Deutschland vorbehalten.⁷ Die Grenzfrage würde nur dann in den Themenkreis einer Konferenz über europäische Sicherheit aufgenommen werden können, wenn die Konferenz bereits zu Lösungen durchstieße, die Deutschland als Ganzes betreffen.
- 5) Ein anderes schwieriges Problem ist Ausschluß oder Teilnahme der SBZ. Die Lösung dieser Frage ist weitgehend abhängig davon, in welchem Maße die Konferenz der Überwindung der Teilung Deutschlands dienen würde.
- 6) Ob der Zeitpunkt der NATO-Ministerkonferenz für eine westliche Initiative günstig ist, muß bezweifelt werden. Die polnische Regierung hat in ihrer Antwort⁸ auf die deutsche Friedensnote Anerkennung der DDR gefordert, bevor sie sich zu Entspannungsmaßnahmen bereit findet. Die sowjetische Antwort hat noch einmal klargestellt, daß für die Sowjetunion eine andere Lösung der Deutschlandfrage als durch Anerkennung der Teilung nicht diskutabel ist. Wir können uns schwer vorstellen, wie unter derartigen Vorzeichen eine Konferenz mit Aussicht auf Erfolg unternommen werden könnte.

⁵ Für den deutschen Wortlaut der Note der sowjetischen Regierung vom 17. Mai 1966 vgl. DzD IV/12, S. 723–732. Vgl. dazu Dok. 166.

Zur Note der Bundesregierung vom 25. März 1966 vgl. Dok. 58.

⁶ Zur Frage des Austauschs von Manöverbeobachtern vgl. Dok. 75.

⁷ Vgl. dazu Dok. 58, Ann. 16.

⁸ Für den deutschen Wortlaut der Note vom 28. April 1966 vgl. DzD IV/12, S. 592–598. Vgl. dazu Dok. 124.

7) Wir haben Zweifel, ob der von den Dänen ins Auge gefaßte Zeitplan (Aussprache im NATO-Rat in der nächsten Woche⁹ – Befassung der Ministerkonferenz in der übernächsten Woche, mit eventueller Aufnahme in das Kommuniqué¹⁰) angesichts der Tragweite der Angelegenheit zu verwirklichen ist.¹¹

Ruete¹²

VS-Bd. 4078 (II B 2)

⁹ Am 1. Juni 1966 berichtete Botschafter Grewe, Paris (NATO), von der Sitzung des Ständigen NATO-Rats, die Diskussion des dänischen Vorschlags habe, „eine bemerkenswert nüchterne, kritische und zugleich übereinstimmende Bewertung“ gebracht. Zwar habe Übereinstimmung dahingehend bestanden, daß die Frage der Ost-West-Beziehungen auf der Tagung des NATO-Ministerrats am 7./8. Juni 1966 in Brüssel „gebührende Aufmerksamkeit“ erhalten müsse. Es bestünden jedoch Zweifel über die gegenwärtig zu erzielenden Ergebnisse. Vgl. den Drahtbericht Nr. 1073; VS-Bd. 4078 (II B 2); B 150, Aktenkopien 1966.

¹⁰ Am 1. Juni 1966 erklärten die Botschafter bei der NATO in Paris, daß die Minister selbst über eine Aufnahme des Gedankens einer europäischen Sicherheitskonferenz in das Kommuniqué entscheiden müßten. Sie warnten aber vor der Gefahr, sich sowjetischen Propagandamanövern auszusetzen. Wichtig erscheine zur Zeit, daß die Minister, „angesichts der kritischen Lage der Allianz, vor aller Welt ihre Stärke und ihren Zusammenhalt“ demonstrierten. Vgl. den Drahtbericht Nr. 1073 des Botschafters Grewe, Paris (NATO); VS-Bd. 4078 (II B 2); B 150, Aktenkopien 1966.

¹¹ Auf der Tagung des NATO-Ministerrats am 7./8. Juni 1966 wurden Bedenken gegen den Vorschlag einer europäischen Sicherheitskonferenz geäußert. Namentlich die amerikanischen, britischen und italienischen Außenminister Rusk, Stewart und Fanfani beurteilten die Aussichten für eine europäische Sicherheitskonferenz „sehr zurückhaltend“. Während Rusk auf das seit dem Zweiten Weltkrieg bestehende „unbestreitbare amerikanische Interesse in Europa“ hinwies, ergänzte Stewart, daß die Beteiligung der USA sowie die Einbeziehung der Frage der Wiedervereinigung und der Rüstungskontrolle als Vorbedingungen zu betrachten seien. Vgl. den Drahtbericht Nr. 171 des Ministerialdirektors Werz, z. Z. Brüssel, vom 8. Juni 1966; VS-Bd. 2478 (I A 1); B 150, Aktenkopien 1966. Vgl. ferner den Drahtbericht Nr. 172 von Werz vom selben Tag; VS-Bd. 8496 (Ministerbüro); B 150, Aktenkopien 1966.

¹² Paraphe vom 27. Mai 1966.

170

**Bundesminister Schröder an den
amerikanischen Außenminister Rusk**

Geheim**27. Mai 1966¹**

Lieber Dean!

Ich danke Ihnen sehr herzlich für Ihren Brief vom 24. Mai 1966², den ich mit großem Interesse gelesen habe.

Auch ich hoffe, daß es möglich sein wird, bei der Zusammenkunft der 14 Minister³ wichtige Fragen, wie die Unterbringung von SHAPE und AFCENT⁴ und die Art der militärischen Reorganisation des Bündnisses⁵ zu klären. Was die Frage der Verlegung des NATO-Rats betrifft, glaube ich, daß es vor allem wichtig ist, mit den Italienern zu sprechen. Ich habe unseren Botschafter⁶ in Rom bereits beauftragt, auf die italienische Regierung im Sinne einer Annahme des von der britischen Regierung entworfenen Papiers⁷ einzuwirken, das sich auch mit der Frage des zukünftigen Sitzes des NATO-Rats befaßt. Im übrigen werde ich meine Gespräche am Rande der Brüsseler Konferenz benutzen, um dieses Thema mit unseren Kollegen zu erörtern und ihr Verständnis zu suchen.⁸

Ihren Ausführungen über die Rolle der Allianz bei der Lösung der Ost-West-Probleme stimme ich in vollem Umfang zu. Daher begrüße ich Ihre Absicht, bei der kommenden NATO-Ministerkonferenz zu betonen, daß die NATO über die militärische Aufgabenstellung hinaus zu einem politischen Instrument für die Lösung der Ost-West-Probleme weiterentwickelt werden sollte. Wie sehr diese Überlegung mit unseren Vorstellungen übereinstimmt, können Sie daraus entnehmen, daß Bundeskanzler Erhard in seiner Erklärung vor dem Deut-

¹ Durchdruck.

Der Entwurf des Schreibens vom 25. Mai 1966 wurde von Ministerialdirigent Ruete am 26. Mai 1966 über Staatssekretär Carstens an Bundesminister Schröder geleitet. Vgl. VS-Bd. 1468 (II A 7).

² Für den Wortlaut vgl. FRUS 1964–1968, XIII, S. 398 f.

Am 24. Mai 1966 übermittelte Ministerialdirigent Simon eine Übersetzung des Schreibens an Bundesminister Schröder, z. Z. London. Vgl. den Drahterlaß Nr. 705; VS-Bd. 8485 (Ministerbüro); B 150, Aktenkopien 1966.

Am 26. Mai 1966 wurde von Simon ein Exemplar der Übersetzung an den Leiter des Außenpolitischen Büros im Bundeskanzleramt, Osterheld, mit der Bitte um Vorlage bei Bundeskanzler Erhard geleitet. Vgl. VS-Bd. 8485 (Ministerbüro); B 150, Aktenkopien 1966.

³ Am 6. Juni 1966 trafen die Außenminister der NATO-Mitgliedstaaten ohne Frankreich in Brüssel zusammen. Vgl. dazu Dok. 182.

⁴ Zur Frage der Verlegung von SHAPE und AFCENT vgl. Dok. 137, Anm. 14 und 15.

⁵ Vgl. dazu weiter Dok. 171.

⁶ Hans Herwarth von Bittenfeld.

⁷ Dieses Wort wurde von Staatssekretär Carstens handschriftlich eingefügt. Dafür wurde gestrichen: „Aide-mémoire“.

Zum Vorschlag des Kanzlers des Herzogtums Lancaster, Thomson, über das gemeinsame Vorgehen der Vierzehn gegenüber Frankreich vgl. Dok. 155, Anm. 9.

⁸ Für die Gespräche des Bundesministers Schröder mit dem griechischen und dem italienischen Außenminister Toumbas und Fanfani am 5. Juni 1966 sowie dem türkischen Außenminister Çaglayangil am 7. Juni 1966 in Brüssel vgl. Dok. 178, Dok. 180 und Dok. 183.

schen Bundestag am 25. Mai 1966 zu dieser Frage ähnliches gesagt hat. Die Passage lautet:

„Dieses Bündnis ist die Grundlage unserer Verteidigung, deren Notwendigkeit auch heute von niemandem bestritten werden kann und wohl auch ernsthaft von niemandem bestritten wird.“

Das Bündnis ist aber auch zugleich die gemeinsame politische Plattform der freien Welt, um die großen politischen Fragen – insbesondere auch die Fragen des Ost-West-Verhältnisses – einer Lösung näherzubringen. Der Ost-West-Dialog sollte auf westlicher Seite von den Partnern dieses Bündnisses gemeinsam geführt werden, oder zumindest in dem Geiste geführt werden, daß die Vorstellungen der Gespräche jedes Partners auf das engste mit den anderen Partnern abgestimmt werden. Dies dürfte ganz allgemein ein Gebot der politischen Vernunft sein, aber darüber hinaus haben gerade wir Deutsche das lebhafteste Interesse daran, daß so verfahren wird. Denn nur durch eine gemeinsame Haltung der Bündnispartner kann Deutschland auf eine Lösung seiner wichtigsten nationalen Anliegen hoffen“.⁹

Welche Rolle dabei die NATO als Organisation spielen kann, müßten wir besonders sorgfältig bedenken. Wenn auf der einen Seite die NATO und auf der anderen Seite der Warschauer Pakt als Partner von Vereinbarungen über¹⁰ Entspannungsmaßnahmen auftreten¹¹, ergeben sich schwerwiegende Probleme, wie z. B. das der Teilnahme der SBZ.¹²

Ich denke daher zunächst¹³ weniger an Aktionen zwischen den beiden Paktorganisationen¹⁴, sondern an konzertierte bilaterale Arrangements zwischen Staaten, die der einen und der anderen Militärrallianz angehören.¹⁵ Die NATO könnte bei der Beratung einer gemeinsamen Politik und bei der Verteilung der Rollen eine hervorragende Aufgabe erfüllen. Vielleicht könnte man noch einen Schritt weiter gehen und – etwa auf dem Gebiet der¹⁶ Abrüstung und Rüstungskontrolle – in der NATO einerseits und im Warschauer Pakt andererseits parallel vorgehen¹⁷.

Es erscheint mir nützlich, über diese Fragen im Rahmen der NATO bald eingehendere Gespräche zu führen. Jedenfalls greife ich Ihre Anregung gern auf, hierüber in Brüssel etwas zu sagen. Ich werde mir noch überlegen, diese Ge-

⁹ Vgl. BT STENOGRAPHISCHE BERICHTE, Bd. 61, S. 2027.

¹⁰ Die Wörter „Partner von Vereinbarungen über“ wurden von Staatssekretär Carstens handschriftlich eingefügt. Dafür wurde gestrichen: „Träger von“.

¹¹ Vgl. dazu den sowjetischen Vorschlag über den Austausch von Manöverbeobachtern zwischen NATO und Warschauer Pakt; Dok. 75. Vgl. dazu weiter Dok. 418.

¹² An dieser Stelle wurde von Staatssekretär Carstens gestrichen: „Daher sind bisher gegen derartige Lösungen aus mancherlei Gründen stets Einwände erhoben worden, die im Ergebnis immer schwerer wogen als die möglichen Vorteile.“

¹³ Dieses Wort wurde von Bundesminister Schröder handschriftlich eingefügt.

¹⁴ Dieses Wort wurde von Staatssekretär Carstens handschriftlich eingefügt. Dafür wurde gestrichen: „Blöcken“.

¹⁵ An dieser Stelle wurde von Staatssekretär Carstens gestrichen: „Auf diese Weise ließe sich der Immobilismus überwinden, ohne daß sich dies zugunsten des Status quo auswirkt.“

¹⁶ Dieses Wort wurde von Staatssekretär Carstens handschriftlich eingefügt.

¹⁷ Dieses Wort wurde von Staatssekretär Carstens handschriftlich eingefügt. Dafür wurde gestrichen: „etwas tun“.

danken durch das eine oder andere Beispiel, das in den Vorschlägen unserer Friedensnote¹⁸ bereits vorgezeichnet ist, zu illustrieren.

Ich freue mich, Sie in Brüssel und danach in Bonn¹⁹ wiederzusehen und hoffe, daß sich bei diesen Anlässen hinreichend Gelegenheit ergeben wird, unsere Ansichten weiter miteinander abzustimmen, was mir angesichts der vor uns liegenden Entscheidungen besonders wichtig erscheint.

Mit herzlichen Grüßen

Ihr Gerhard Schröder²⁰

VS-Bd. 1468 (II A 7)

171

Vermerk des Staatssekretärs Carstens

St.S. 1367/66 geheim

31. Mai 1966

Ich erörterte die derzeitige Lage der NATO heute mit General Heusinger¹, dessen Ansicht zu einigen Punkten ich nachstehend festhalte:

1) Military Committee

Nach Abwägung des Für und Wider ist General Heusinger (ebenso wie Botschafter Grewe)² der Meinung, daß es vielleicht doch besser wäre, das M.C. in Washington zu belassen. Begründung: dort besteht ein stärkerer Kontakt zu den entscheidenden amerikanischen Stellen. Außerdem kann SACEUR seine Rolle als militärischer Berater des NATO-Rates wirksamer spielen, wenn sich nicht auch das militärische Komitee in Europa befindet. In diesem letzteren Fall würde die beratende Rolle dem M.C. zufallen. SACEUR wird immer ein

¹⁸ Zur Note der Bundesregierung vom 25. März 1966 vgl. Dok. 58.

¹⁹ Der amerikanische Außenminister Rusk traf am 9. Juni 1966 mit Bundespräsident Lübke und Bundeskanzler Erhard zusammen.

Für das Gespräch mit Erhard vgl. Dok. 185.

²⁰ Paraphe vom 27. Mai 1966.

1 General a.D. Heusinger war Leiter einer interministeriellen Arbeitsgruppe, die vom Bundesministerium der Verteidigung mit dem Ziel eingerichtet wurde, die Situation der NATO sowie die mit der Wiedervereinigung verbundenen Sicherheits- und Rüstungskontrollfragen zu analysieren. Seitens des Auswärtigen Amts war Legationsrat I. Klasse Dungern in der Arbeitsgruppe vertreten. Vgl. dazu die Aufzeichnungen des Ministerialdirektors Müller-Roschach vom 19. April sowie des Ministerialdirektors Wertz vom 22. April 1966; VS-Bd. 10423 (Planungsstab); B 150, Aktenkopien 1966. Vgl. ferner die Aufzeichnung des Ministerialdirektors Diehl vom 5. Juli 1966; VS-Bd. 11570 (Planungsstab); B 150, Aktenkopien 1966.

2 Zur geplanten Verlegung des NATO-Militärausschusses vgl. Dok. 137, Ann. 13.

Am 27. Mai 1966 wiederholte Botschafter Grewe, Paris (NATO), seine Bedenken gegen den britischen Vorschlag einer Zusammenlegung von Ständigem Rat und Militärausschuß der NATO. Darüber hinaus wies er darauf hin, daß die Möglichkeit, den Militärausschuß in Washington im Rahmen künftiger Vorschläge des Special Committee der Verteidigungsminister als möglichen Konsultationspartner für nukleares „crisis management“ bereitzuhalten, wegfallen werde. Vgl. den Drahtbericht Nr. 1056; VS-Bd. 1466 (II A 7); B 150, Aktenkopien 1966.

Amerikaner sein. Wer der Vorsitzende des M.C. in Zukunft sein wird, weiß man nicht.³

2) Der neue Befehlshaber von AFCENT müßte ein deutscher General sein.⁴

3) Militärischer Auftrag der französischen Truppen in Deutschland

Es erscheint unverzichtbar, daß die Truppen im Falle einer Krise oder spätestens bei Ausbruch der Feindseligkeiten dem NATO-Kommando wieder unterstellt werden.⁵

4) Deutschland sollte darauf drängen, daß das Gespräch über die strategische Konzeption der NATO wiederaufgenommen und daß in diesem Bereich so bald wie möglich eine Lösung gefunden wird. General Heusinger ist für die „flexible Antwort“⁶, hält es aber doch für nötig, daß klarer als bisher festgelegt wird, wann und unter welchen Voraussetzungen der große atomare Gegenschlag stattfindet.

5) Gemeinsame nukleare Streitmacht⁷

General Heusinger hält eine Beteiligung Deutschlands an der Zielplanung und bei dem Einsatz nuklearer Waffen für ausreichend. Er glaubt nicht, daß wir auf physischen Mitbesitz bestehen sollten.

Ich habe ihm die Gefahren vor Augen geführt, die aus einer deutschen Beteiligung an einem Nichtverbreitungsabkommen erwachsen, wenn wir nicht adäquate Kompensationen innerhalb der NATO erhalten.⁸ General Heusinger erkannte diesen Standpunkt als richtig an.

6) Force de frappe⁹

General Heusinger führte unter Berufung auf General von Kielmansegg aus,

3 Vorsitzender des NATO-Militärausschusses war in der Nachfolge von General Heusinger seit 1964 der belgische General de Cumont.

4 Zur Reorganisation des NATO-Bereichs Europa Mitte und zur Forderung der Bundesregierung, den Posten des Oberbefehlshabers mit einem General der Bundeswehr zu besetzen vgl. Dok. 137, Anm. 15, und weiter Dok. 179.

5 Zu dieser Forderung der Bundesrepublik vgl. Dok. 131, besonders Anm. 12.

Die Forderung war auch Teil der im Bericht der Drei-Mächte-Arbeitsgruppe vom 7. Mai 1966 empfohlenen Grundzüge eines Grundsatzübereinkommens zwischen den Vierzehn und Frankreich (Anhang I). Vgl. VS-Bd. 2477 (I A 1); B 150, Aktenkopien 1966.

6 Auf der Tagung des NATO-Ministerrats am 16./17. Dezember 1963 wurde ein vom Military Committee formulierter Entwurf MC 100/1 betreffend eine „Appreciation of the Military Situation as it Affects NATO up to 1970“ diskutiert. In diesem von der französischen Regierung abgelehnten Entwurf wurde eine Umstellung der vom Gedanken der „massive retaliation“, d. h. der Erwidern eines Angriffs unter sofortigem Einsatz des gesamten konventionellen und nuklearen Potentials, geprägte NATO-Strategie auf ein Konzept der „flexible response“ befürwortet. Hierach sollten begrenzte Angriffe zunächst konventionell und, falls notwendig, mit taktischen Nuklearwaffen abgewehrt werden. Lediglich bei einem Großangriff sollte das strategische nukleare Potential in angemessener Weise zum Einsatz kommen. Vgl. dazu die Aufzeichnung des Referats II 7 vom 18. Dezember 1963; VS-Bd. 3939 (II 6); B 150, Aktenkopien 1963.

Zur deutschen Kritik an diesem Konzept vgl. AAPD 1964, II, Dok. 290.

7 Zum Vorschlag der Bundesregierung vom 20. Dezember 1965 über eine Gemeinsame Nukleare Streitmacht (GNS) vgl. Dok. 6, Anm. 3.

8 Zum Stand der Verhandlungen über ein Nichtverbreitungsabkommen auf der Konferenz der 18-Mächte-Abrüstungskommission in Genf vgl. Dok. 50.

Zur Haltung der Bundesrepublik hinsichtlich eines Abkommens über die Nichtverbreitung von Kernwaffen vgl. weiter Dok. 177.

9 Zum französischen Projekt einer nationalen Atomstreitmacht vgl. Dok. 110, Anm. 9.

daß ab 1972 die französischen Stellungen im Alpen-Gebiet ausgebaut sein würden. Von diesem Zeitpunkt ab werde Frankreich über eine praktisch unverwundbare nukleare Raketenstreitmacht verfügen. Es werde damit ein gewichtiges Wort in einem etwaigen Ost-West-Konflikt sprechen können.

7) Bilaterale deutsch-französische Militärabsprachen

Auf meine Frage sagte General Heusinger, man könne gewiß den Austausch von Offizieren vereinbaren. Auch könnten gemeinsame Manöver vorgesehen werden. Vielleicht könnten die Franzosen sich auch verpflichten, im Falle eines militärischen Konfliktes am Rhein aufzumarschieren. Es erscheine ihm zweifelhaft, ob man ein bilaterales deutsch-französisches Militärbündnis ins Auge fassen könne, da ein Einsatz der deutschen Truppen außerhalb des NATO-Verteidigungsfalles nicht vorstellbar sei.

Abschließend erklärte General Heusinger, er werde über den Komplex nachdenken und noch einmal auf mich zukommen.

Hiermit dem Herrn Minister¹⁰ vorgelegt.

Carstens

VS-Bd. 434 (Büro Staatssekretär)

172

Vortragender Legationsrat I. Klasse Hoffmann, Berlin (West), an das Auswärtige Amt

**Z B 6-1-10095/66 VS-vertraulich
Fernschreiben Nr. 157**

**Aufgabe: 31. Mai 1966, 14.25 Uhr
Ankunft: 31. Mai 1966, 15.10 Uhr**

Betr.: Gespräch SPD-SED;
hier: Hintergründe der SED-Initiative

Bezug: Hies[iges] FS 148 vom 17.5. – dort[iges] AZ: II A 4-83.00/94.29/627/66
VS-v¹

Nach den Ereignissen der letzten Tage verdichtet sich die Annahme, daß es der SED mit dem Redner-Austausch ernst ist und sie sich bemüht, alle noch bestehenden Hindernisse beiseitezuräumen, um die Gespräche stattfinden zu lassen. Hierfür sprechen zunächst die Tatsachen, daß es verhältnismäßig schnell zu einer Einigung über die Termine des Redneraustauschs gekommen ist² und daß die SED nunmehr auch den zweiten Antwortbrief der SPD nahezu

¹⁰ Hat Bundesminister Schröder am 31. Mai 1966 vorgelegen.

¹ Für den Drahtbericht des Leiters der Dienststelle Berlin des Auswärtigen Amts, Hoffmann, vgl. VS-Bd. 4132 (II A 1); B 150, Aktenkopien 1966. Für einen Auszug vgl. Dok. 141, Anm. 16.

² Zur Terminfrage vgl. Dok. 138, Anm. 16.

Nachdem der Sekretär des ZK der SED, Verner, mit Schreiben vom 17. Mai 1966 der SPD das Einverständnis seiner Partei für Termine im Juli übermittelt hatte, schlug der Vorstandssprecher

vollständig veröffentlicht hat.³ Auch ist die große Publizität, die diesen Fragen in letzter Zeit in der sowjetzonalen Presse gegeben wird, sicherlich kein Zufall. Endlich läßt der Inhalt des dritten „offenen Briefes“ der SED⁴ erkennen, daß man dem Redneraustausch mit großem Selbstvertrauen entgegenseht. Diese Annahme wurde mir von über Ostberliner Vorgänge im allgemeinen gut unterrichteten Kreisen bestätigt.

Für diesen Optimismus der SED trotz der ihr durch den Redneraustausch drohenden Gefahren sind m. E. folgende Umstände entscheidend:

- 1) Die SED glaubt nach wie vor, sie könne in das Verhältnis zwischen Regierung und Opposition in der Bundesrepublik einen Keil treiben und wesentliche Teile der SPD-Führung und SPD-Mitglieder für eine gemeinsame Front der „Arbeiterklasse“ gegen das bürgerliche Lager gewinnen.⁵ In dieser Annahme ist sie durch die Haltung der Gewerkschaften zur Notstandsgesetzgebung⁶ und durch zahlreiche in die von ihr gewünschte Richtung gehende Erklärungen von SPD-Funktionären in Schleswig-Holstein, Hessen usw., aber auch durch Leserzuschriften in deutschen Zeitungen und Zeitschriften, wie z.B. im „Spiegel“⁷, bestärkt worden.
- 2) Die SED hat ihre Absicht, die Welt glauben zu machen, die deutsche Frage könne verhältnismäßig einfach über zweiseitige Gespräche und entsprechende Vereinbarungen der beiden „deutschen Staaten“ gelöst werden, inzwischen schon teilweise verwirklichen können. Jedenfalls dürfte es vor allem außerhalb

Fortsetzung Fußnote von Seite 730

der SPD, Stallberg, am 20. Mai 1966 den 14. Juli 1966 für die Veranstaltung in Karl-Marx-Stadt (Chemnitz) und den 21. Juli 1966 für die in Hannover vor. Für das Schreiben von Verner vgl. Referat II A 1, Bd. 317. Für den Wortlaut des Schreibens von Stallberg vgl. den Artikel „Eine Absage der SPD an Ost-Berlin“, FRANKFURTER ALLGEMEINE ZEITUNG, Nr. 119 vom 24. Mai 1966, S. 3.

Bei einem weiteren Treffen der technischen Beauftragten von SPD und SED, Striefler und Stallberg bzw. Verner und Lamberz, am 25. Mai 1966 in Ost-Berlin wurden der 14. bzw. 21. Juli 1966 als Termine bestätigt. Für das Communiqué vgl. den Artikel „Am 14. Juli in Chemnitz – am 21. Juli in Hannover“, FRANKFURTER ALLGEMEINE ZEITUNG, Nr. 122 vom 27. Mai 1966, S. 1. Vgl. ferner SPD-FRÄKTION, S. 884, Anm. 7.

³ Vgl. dazu Dok. 126, Anm. 16.

Der zweite offene Brief des Parteivorstandes der SPD vom 15. April 1966 wurde zunächst nur in einer stark gekürzten Fassung in der DDR veröffentlicht. Vgl. dazu NEUES DEUTSCHLAND, Nr. 118 vom 30. April 1966, S. 7.

Der Vorstand der SPD forderte am 13. Mai 1966, „daß der unverkürzte Text im Einflußbereich der SED veröffentlicht wird, bevor es zu der vorgesehenen Veranstaltung in Chemnitz kommt“. Vgl. den Artikel „SPD dringt auf Termin für Chemnitz“, DIE WELT, Nr. 112 vom 14. Mai 1966, S. 1. Der volle Wortlaut wurde erst am 29. Mai 1966 in der DDR veröffentlicht. Vgl. NEUES DEUTSCHLAND, Nr. 146 vom 29. Mai 1966, S. 5.

⁴ Für den Wortlaut des offenen Briefes des ZK der SED vom 26. Mai 1966 „an die Delegierten des Dortmunder Parteitages der SPD und an alle Mitglieder und Freunde der Sozialdemokratie in Westdeutschland“ vgl. DzD IV/12, S. 780–792.

⁵ Vgl. dazu den Artikel „Die SED setzt auf das Pferd, Verständigung“; FRANKFURTER ALLGEMEINE ZEITUNG, Nr. 111 vom 13. Mai 1966, S. 6.

⁶ Auf ihrem 7. Ordentlichen Bundeskongress vom 9. bis 14. Mai 1966 verabschiedete der Deutsche Gewerkschaftsbund (DGB) nach heftigen Debatten eine Resolution, in der die Delegierten ihre bereits in den Beschlüssen von 1962 formulierte Ablehnung der geplanten Notstandsgesetzgebung bekräftigten, „welche die demokratischen Grundrechte einschränkt und besonders das Versammlungs-, Koalitions- und Streikrecht der Arbeitnehmer und ihrer gewerkschaftlichen Organisationen bedroht“. Sie bekräftigten „die Entschlossenheit der Gewerkschaften, die Grundrechte und die Prinzipien des Grundgesetzes gegen jeden Angriff zu verteidigen“. Vgl. 7. ORDENTLICHER BUNDES-KONGRESS BERLIN, 9. bis 14. Mai 1966, o.O., o.J., Anhang: Anträge und Entschlüsse, S. 12f.

⁷ Vgl. dazu DER SPIEGEL, Nr. 22 vom 23. Mai 1966, S. 5f.

Europas nur noch wenige Staaten geben, die sich auch jetzt noch zu unserer Ansicht bekennen, daß die deutsche Frage nur von oder mit Moskau gelöst werden kann.

3) Auch die SED-Funktionäre denken wie die meisten Parteifunktionäre in erster Linie parteipolitisch. Insoweit haben sie schon jetzt einen großen Prestigegegewinn errungen. Noch bis vor wenigen Wochen wurden die Funktionäre der SED nicht nur in der Bundesrepublik, sondern in den meisten westlichen Staaten als vaterlandslose Volksunterdrücker, Marionetten der Sowjetunion, Verbrecher und Mörder angesehen und bezeichnet. Schon durch die bisherige Vorbereitung des Redneraustauschs sind diese Funktionäre fast salonfähig geworden. Wenn nun führende Vertreter der SPD nach Chemnitz fahren, um dort auf einer SED-Kundgebung zu sprechen, und sich in Hannover dasselbe im umgekehrten Verhältnis vollzieht, dann hat die SED damit vor der Weltöffentlichkeit demonstriert, daß auch sie eine „echte“ Arbeiterpartei ist, die von ihrer „Bruderpartei“ im Westen als gleichberechtigter Gesprächspartner anerkannt wird. Gleichzeitig werden ihre Spitzfunktionäre – die bisherigen Mörder und Landesverräter – jedenfalls nach außen hin zu geachteten Gesprächspartnern, die man wahrscheinlich mit Handschlag begrüßen wird.

Daß diese Entwicklung für die SED ein Erfolg ist, bedarf kaum einer weiteren Begründung. Deshalb ist zu verstehen, weshalb diese an Redneraustausch so sehr interessiert ist⁸ und die ihr hierdurch drohenden Gefahren in Kauf nimmt, zumal sie glaubt, mit ihren eigenen Leuten schon fertig zu werden. Um so mehr sollte man überlegen, wie man diesen Gefahren rechtzeitig begegnen und die Hoffnungen der SED zunichte machen kann.

Andererseits soll – wie ich aus Kreisen erfahren habe, die Kontakte zu Ostberliner Diplomaten unterhalten – bei Gesprächen mit Angehörigen der sowjetischen Botschaft in Ostberlin und auch mit anderen Ostblock-Diplomaten erkennbar geworden sein, daß die Sowjets den geplanten Veranstaltungen mit wachsender Reserve gegenüberstehen.⁹ Obwohl an der vorherigen Einwilligung Moskaus nicht zu zweifeln und auch kaum mit einem Einschreiten gegen die Fortführung der Gespräche zu rechnen sei, sollen sich in Moskau Befürchtungen eingestellt haben, daß mit diesem Dialog und der schon in den Vorgesprächen deutlich werdenden emotionalen Beteiligung der Bevölkerung in der Zone und in der Bundesrepublik eventuell eine nicht mehr zu kontrollierende Entwicklung eingeleitet werden könne. Wegen des eigenmächtigen Vorgehens der Rumänen¹⁰ habe Moskau zur Zeit ein verstärktes Interesse an einer Kon-

⁸ Am 16. Mai 1966 übermittelte der Leiter der Handelsvertretung in Warschau, Blumenfeld, Informationen, denenzufolge die offiziell als Gastdelegation zur Feier des 100. Geburtstages des polnischen Kommunisten Julian Marchlewski firmierende Abordnung des ZK der SED nach Warschau gekommen sei, um Gespräche mit Vertretern des ZK der PVAP in der Frage des Redneraustauschs zu führen. Nachdem der stalinistische Flügel der SED sich durch die Diskussion in der Bundesrepublik über das „freie Geleit“ in seiner Ablehnung des geplanten Redneraustauschs bestätigt gefühlt habe, habe die Parteiführung beschlossen, „vor allem Vertreter dieser starren Richtung zur „Gehirnwäsche“ zu den in internationalen Dingen erfahreneren polnischen Genossen zu entsenden. Polnische Seite sei nach wie vor stark für Durchführung [des] Redneraustauschs engagiert. Sie versuche, deutsche Genossen in ihrem Sinne zu überzeugen.“ Vgl. den Drahbericht Nr. 132; VS-Bd. 4207 (II A 1); B 150, Aktenkopien 1966.

⁹ Zur Haltung der UdSSR vgl. Dok. 141.

¹⁰ Vgl. dazu Dok. 165, besonders Anm. 9.

solidierung im übrigen Ostblock, die durch eine allzu starke Betonung des nationalen Elements nur gestört werden könne. Der geplante Dialog SPD-SED appelliere jedoch besonders stark an die nationalen Gefühle der Deutschen.

[gez.] Hoffmann

VS-Bd. 4132 (II A 1)

173

**Botschaftsrat I. Klasse Sahm, Paris (NATO),
an das Auswärtige Amt**

Z B 6-1-17/66 streng geheim
Fernschreiben Nr. 1064

Aufgabe: 31. Mai 1966, 19.35 Uhr
Ankunft: 31. Mai 1966, 20.43 Uhr

Auch für: BMVtdg (bitte von dort erledigen)

Betr.: Verteidigungsmöglichkeiten in Mitteleuropa¹

Mitarbeiter erhielt von Vertrauensmann Einsicht in die Beurteilung SACEURs hinsichtlich des Risikos, das durch die Streitkräfteplanung der Länder (zusammengestellt in der DPWG²) aufgeworfen wird.

Hinsichtlich der Verteidigungsmöglichkeiten des Abschnittes Europa Mitte wird folgende Beurteilung gegeben:

1) Die für Mitteleuropa vorgesehenen Streitkräfte sind nicht (nicht) in der Lage, eine erfolgreiche Vorwärtsverteidigung des Abschnittes Europa Mitte durchzuführen. Sie haben Mängel in der Zahl der Streitkräfte, in ihrer Bewaffnung und Feuerkraft. Frühzeitiger Gebrauch taktischer nuklearer Waffen würde von entscheidender Bedeutung sein, um ein umfangreiches feindliches Ein dringen, das zum Zusammenbruch der Abwehr im Mittelabschnitt führen würde, zu verhindern. Die Überlebensfähigkeit der nuklearen Streitkräfte müßte vom militärischen Standpunkt gesehen wesentlich verbessert werden, indem man einige der Strike-Flugzeuge durch ballistische Raketen und senkrecht startende Flugzeuge ersetzt sowie die Gesamtfähigkeit der Landstreitkräfte verbessert.

¹ Am 22. April 1966 berichtete Botschafter Grewe, Paris (NATO), über die erste Sitzung der Arbeitsgruppe für Verteidigungsplanung (DPWG) nach der Ankündigung des Staatspräsidenten de Gaulle über den Rückzug der französischen Streitkräfte aus der NATO-Integration. Demnach hielt der Vorsitzende der DPWG, Hockaday, als Ergebnis der bisherigen NATO-Verteidigungsplanung fest, „daß die Aufstellung von NATO-Streitkräftezielen auf eine bloße Addition der nationalen Streitkräfteplanung hinausläuft“. Er bat die Militärbehörden um eine Risikostudie vor dem Hintergrund der nationalen Verteidigungspläne. Vgl. den Drahtbericht Nr. 779; VS-Bd. 2037 (II A 7); B 150, Aktenkopien 1966.

² Die Arbeitsgruppe wurde auf der Sitzung des Ausschusses für Verteidigungsplanung der NATO am 10. Oktober 1963 gebildet mit der Aufgabe, im Anschluß an den Beschuß des NATO-Minister rats in Ottawa vom Mai 1963 zur Prüfung des Streitkräftebedarfs Informationen und Daten über die nationale Verteidigungsplanung, insbesondere die wirtschaftlichen und finanziellen Implikationen, vor dem Hintergrund möglicher Streitkräfteziele zu sammeln.

2) Hinsichtlich der nuklearen Streitkräfte SACEURs ergibt sich folgende Bewertung:

- a) Sowohl im Falle eines nichtnuklearen wie eines nuklearen Konflikts spielt die Überlebensfähigkeit eines ausreichenden Teils von SACEURs Strike-Streitkräften eine entscheidende Rolle. Sie werden in zunehmendem Maße verwundbar, einmal durch die wachsende Zahl der sowjetischen Raketen, zum anderen infolge des Fehlens von landgebundenen MRBMs und senkrecht startenden Flugzeugen in den Länderprogrammen bis Ende 1970. Darüber hinaus wird dieser Mangel im Falle eines Überraschungsangriffs zu ernsten Schäden bei unseren landgebundenen Strike-Streitkräften führen, bevor sie ihren Gegenangriff führen können. Diese hohe Verwundbarkeit führt zwangsläufig zu einer Verminderung der Glaubwürdigkeit von SACEURs Abschreckung.
- b) Es ist vorgeschlagen worden, SACEURs Forderungen auf weitreichende nukleare Trägermittel³ durch die außereuropäischen Streitkräfte auszugleichen. Jedoch sind diese Streitkräfte zahlenmäßig unzureichend, um alle feindlichen Ziele, die von lebenswichtiger und unmittelbarer Gefahr für ACE⁴ sind, zu bekämpfen. Außerdem ist der Zeitbedarf solcher außereuropäischen Streitkräfte zu groß, um verhindern zu können, daß der Feind mehrere Wellen nuklearer Abschüsse tätigen kann, bevor seine Stellungen zerstört sind. Für SACEUR ist es lebenswichtig, daß sofort zurückgeschlagen wird. Man muß bei der jetzigen Regelung zudem erwarten – da die Treffgenauigkeit auch von den Entfernungen abhängt – daß zahlreichere Schläge der außereuropäischen Streitkräfte erforderlich sein werden, um die nötige Zerstörung zu erreichen. Daraus folgt, daß die Zahl der Ziele reduziert und Waffen mit größeren Yield-Werten benutzt werden müssen.
- c) Die wichtigste Folgerung des Mangels an weitreichenden Trägermitteln betrifft jedoch den Abschreckungswert von SACEUR-Streitkräften. Die Gefahr wird mithin stets bestehen, daß die Sowjets in gewissen Umständen verleitet sind zu glauben, daß die außereuropäischen NATO-Staaten nicht willens sein werden, ihre außereuropäischen Streitkräfte für einen rein europäischen Konflikt einzusetzen. Unter solchen Umständen sind die Gefahren der Fehlrechnungen offensichtlich, die Folgen würden katastrophal sein.⁵

3 Um einer entsprechenden Bedrohung seitens der UdSSR entgegenwirken zu können, forderte der Oberbefehlshaber der NATO-Streitkräfte in Europa (SACEUR), General Lemnitzer, die Anschaffung von etwa 860–870 Mittelstreckenraketen für die NATO. Die Mehrzahl der MRBM sollte landgestützt in Westeuropa stationiert werden. Für die Aufstellung solcher Raketen hatte sich bereits der Vorgänger von Lemnitzer, General Norstad, eingesetzt. Vgl. dazu auch AAPD 1964, I, Dok. 149.

4 Allied Command Europe.

5 Am 8. Juli 1966 teilte Botschafter Grewe, Paris (NATO), mit, daß gegen die Risikobeurteilung „sachlich wenig einzuwenden“ sei. Ein Widerspruch deutscherseits würde nur mithelfen, die Glaubwürdigkeit von SACEUR und den Wert seines militärischen Rates zu schwächen. Dagegen seien Großbritannien und die USA der Darstellung im NATO-Militärausschuß bereits entgeggetreten. Während britischerseits auf die Deckung Kontinentaleuropas durch die „external forces“ verwiesen werde, gingen die USA davon aus, daß die NATO-Streitkräfte längeren als vermutet Widerstand leisten könnten gegen Truppen, die der Warschauer Pakt innerhalb der Warnfrist von zwei Wochen einzusetzen in der Lage sei. Zusätzlich könne das Risiko durch eine bessere Ausnutzung der Hilfsquellen der Allianz verringert werden. Vgl. den Drahtbericht Nr. 1286; VS-Bd. 1993 (II A 7); B 150, Aktenkopien 1966.

Infolge der großen Vertraulichkeit der Mitteilung muß um besonders vorsichtige Behandlung der Information gebeten werden.⁶

[gez.] Sahm

VS-Bd. 1993 (II A 7)

174

Staatssekretär Carstens an Bundesminister Westrick

St.S. 1309/66 geheim

31. Mai 1966¹

Lieber Herr Westrick,

vor einiger Zeit hat Erzbischof Samoré gegenüber unserem damaligen Geschäftsträger beim Heiligen Stuhl, Botschaftsrat Jaeschke, die Frage der seelsorgerischen Betreuung und kirchlichen Verwaltung der deutschen Ostgebiete aufgeworfen.² Kurz darauf hat der hiesige Nuntius³ in Gesprächen mit Herrn Bundesminister Krone und mir⁴ sowie Prälat Wüstenberg in einem Schreiben an den Herrn Bundespräsidenten das gleiche Thema angeschnitten. Erzbischof Samore und der Nuntius haben zwar erwähnt, daß es sich hierbei um ihre persönlichen Vorstellungen handle. Aus der Tatsache jedoch, daß dieses Thema fast gleichzeitig von mehreren Seiten zur Sprache gebracht worden ist, geht hervor, daß man sich im Vatikan ernsthafte Gedanken dieser Art macht.

Vom Nuntius wissen wir, daß der Heilige Stuhl den Episkopat und die Katholiken in Polen in ihrer schwierigen Stellung gegenüber der polnischen Regierung durch eine anerkennende Geste ermutigen möchte.⁵ Diese Geste soll nach

⁶ Am 13. Juli 1966 äußerte Ministerialdirektor Werz mit Blick auf die Konferenz der NATO-Verteidigungsminister am 25./26. Juli 1966 in Paris die Vermutung, daß eine wesentliche Verstärkung der Streitkräfte von keinem Mitgliedsstaat zu erwarten sei. Vielmehr würden die Minister bereit sein, das Risiko „als zur Zeit tragbar“ hinzunehmen. Auch die Bundesregierung könne dem kaum widersprechen, da an sie sofort die Forderung nach Erhöhung der eigenen Verteidigungsanstrengungen gerichtet würde. Vgl. VS-Bd. 1993 (II A 7); B 150, Aktenkopien 1966.

Zur Streitkräfteplanung vgl. weiter Dok. 248.

¹ Reinkonzept.

Ein Entwurf des Schreibens wurde mit Begleitaufzeichnung von Ministerialdirektor Thierfelder am 25. Mai 1966 an Staatssekretär Carstens geleitet.

Hat Carstens am 31. Mai 1966 vorgelegen, der die Weiterleitung an Bundesminister Schröder verfügte.

Hat Schröder am 3. Juni 1966 vorgelegen. Vgl. VS-Bd. 5646 (V 1); B 150, Aktenkopien 1966.

Das Schreiben wurde am 10. Juni 1966 an Bundesminister Westrick übermittelt.

² Zum Gespräch vom 2. Februar 1966 vgl. Dok. 89, besonders Anm. 3.

³ Erzbischof Corrado Bafile.

⁴ Zum Gespräch vom 25. Januar 1966 vgl. Dok. 19.

⁵ Vgl. dazu Dok. 74, Anm. 5.

Am 7. April 1966 führte der Apostolische Nuntius, Erzbischof Bafile, in einem Gespräch mit Ministerialdirektor Thierfelder aus, er sei „im Hinblick darauf, daß die neue versöhnende Haltung des polnischen Episkopats gegenüber dem deutschen Volk dem polnischen Episkopat beträchtliche Schwierigkeiten bereitet habe, der Meinung, daß es nicht nur im kirchlichen, sondern auch im deutschen Interesse liege, die Haltung der polnischen Bischöfe durch eine sie ermutigende Geste

den Vorstellungen des Heiligen Stuhls offenbar darin bestehen, daß er den kirchenrechtlichen Status der in den deutschen Ostgebieten tätigen leitenden Geistlichen anhebt. Als mögliche Schritte in dieser Richtung haben

Erzbischof Samoré und Prälat Wüstenberg die Bestellung Apostolischer Administratoren (ad tempus),

der Nuntius die Ernennung residierender Bischöfe für die Diözesen Breslau und Ermland sowie die Ernennung des in Breslau amtierenden Titularerzbischofs Kominek zum Kardinal¹⁶

erwähnt.

Hierzu möchte ich folgendes bemerken:

In tatsächlicher Hinsicht

Der kirchenrechtliche Status der deutschen Ostgebiete ist für die dort lebenden Katholiken wie für den Heiligen Stuhl in der Tat unbefriedigend.⁷ Die beiden Diözesen Breslau und Ermland sowie die Freie Prälatur Schneidemühl sind seit langem vakant. Die seelsorgerische Betreuung wurde 1945 durch den Heiligen Stuhl dem Primas von Polen⁸ übertragen. Dieser teilte die deutschen Ostgebiete in vier – mit den alten Diözesangrenzen nicht übereinstimmende – Kirchenbezirke ein, deren Leitung er je einem von ihm eingesetzten Prälaten übertrug.⁹ Hieran hat sich seitdem nichts geändert; die Leiter der vier Kirchenbezirke unterstehen nach wie vor dem Primas von Polen¹⁰ als dessen Delegaten. Der Heilige Stuhl hat die Leiter der vier Kirchenbezirke zwar später zu Titularbischofen (bzw. den in Breslau amtierenden zum Titularerzbischof) ernannt, hat die konkordatswidrig geschaffene Neuauftteilung jedoch nicht bestätigt.

In rechtlicher Hinsicht

a) Nach Artikel 14 Abs. 2 Ziffer 1 des Reichskonkordats¹¹ müssen alle katholi-

Fortsetzung Fußnote von Seite 735

zu honorieren.“ Vgl. die Aufzeichnung vom 15. April 1966; VS-Bd. 2506 (I A 4); B 150, Aktenkopien 1966.

6 Am 7. April 1966 äußerte der Apostolische Nuntius, Erzbischof Bafile, gegenüber Ministerialdirektor Thierfelder Bedenken gegen die Einsetzung Apostolischer Administratoren und verwies auf die Möglichkeit, daß die DDR dies zum Anlaß nehmen könnte, für die in die DDR hineinragenden Gebiete gleiches zu verlangen. Zudem blieben durch die Einsetzung von vier Apostolischen Administratoren die alten Diözesangrenzen „zwar de jure unberührt. Faktisch würde sich jedoch die [...] im Jahre 1946 geschaffene und seitdem praktizierte Neueinteilung der kirchlichen Verwaltungsbereiche verfestigen.“ Seine Vorstellungen gingen deshalb dahin, „die beiden vakanten Bischofssitze Breslau und Ermland durch ordentliche („residierende“) Ortsoberhirten zu besetzen“. Vgl. die Aufzeichnung vom 15. April 1966; VS-Bd. 2506 (I A 4); B 150, Aktenkopien 1966. Vgl. auch die Aufzeichnung des Ministerialdirektors Thierfelder vom 7. April 1966; VS-Bd. 5646 (V 1); B 150, Aktenkopien 1966.

7 Vgl. dazu Dok. 19, besonders Anm. 5.

8 August Hlond.

9 Die vier von Kardinal Hlond aus den ehemaligen Diözesen Breslau und Ermland geschaffenen Kirchenbezirke waren Allenstein (das Gebiet der ehemaligen Diözese Ermland ohne die an die Sowjetunion gefallenen Gebietsteile umfassend), Landsberg/Warthe (aus einem Teil der ehemaligen Diözesen Breslau und Berlin sowie der freien Prälatur Schneidemühl gebildet), Oppeln und Breslau (bestehend aus dem zentralen Teil der ehemaligen Diözese ohne die in die DDR ragenden Gebiete). Vgl. dazu die Aufzeichnung des Ministerialdirektors Thierfelder vom 15. April 1966; VS-Bd. 2506 (I A 4); B 150, Aktenkopien 1966.

10 Seit dem 11. November 1948 war Stefan Wyszynski Primas von Polen.

11 Für den Wortlaut des Konkordats vom 20. Juli 1933 zwischen dem Deutschen Reich und dem Heiligen Stuhl vgl. REICHSGESETZBLATT 1933, Teil II, S. 679–690.

schen Geistlichen, die in Deutschland ein geistliches Amt bekleiden oder eine seelsorgerische oder Lehrtätigkeit ausüben, deutsche Staatsangehörige sein, das deutsche Abitur erworben und ihr Studium an einer deutschen Hochschule (oder an einer päpstlichen Hochschule in Rom) abgelegt haben. Da die deutschen Ostgebiete zum Geltungsbereich des Reichskonkordats gehören, gilt das grundsätzlich auch für die dort tätigen Geistlichen. Allerdings haben wir uns gegenüber dem Heiligen Stuhl auf diese Bestimmung im vorliegenden Zusammenhang nie berufen. Es kommt hinzu, daß zwischen der Bundesregierung und dem Heiligen Stuhl Einvernehmen darüber besteht, daß von diesen Erfordernissen für Geistliche abgesehen wird, die in Deutschland entweder vorübergehend oder in der Ausländerseelsorge tätig sind. Der Mangel der deutschen Staatsangehörigkeit, des deutschen Abiturs und des deutschen Hochschulstudiums ist daher – jedenfalls für sich allein – m. E. kein Argument, mit dem wir uns den Plänen des Heiligen Stuhls aus Rechtsgründen wirksam widersetzen könnten.

- b) Für eine Bestellung Apostolischer Administratoren (ad tempus) wäre ein Einverständnis der Bundesregierung rechtlich nicht erforderlich.
- c) Gleichtes gälte für die Ernennung des in Breslau amtierenden Titularerzbischofs zum Kardinal.
- d) Dagegen wäre eine Ernennung residierender Bischöfe für Breslau und Ermeland rechtlich nur dann möglich, wenn sich die Bundesregierung damit einverstanden erklärte, daß von einer Anwendung der für die Ernennung von Bischöfen maßgeblichen Vorschriften des Reichskonkordats und des preußischen Konkordats abgesehen wird.

Zur Tragfähigkeit unserer Position in diesem Punkte muß allerdings in Be tracht gezogen werden:

- Die Bestimmung des Reichskonkordats über die Konsultation wegen etwaiger politischer Bedenken (Artikel 14 Abs. 2 Ziffer 2)¹² ist bei dem bisher einzige praktisch gewordenen kritischen Fall, der Ernennung des Bischofs von Meißen im Jahre 1958, nicht angewandt worden.
- Gleichtes gilt bezüglich der Bestimmung über den von neu ernannten Bischöfen abzulegenden Treueid (Artikel 16 Reichskonkordat)¹³.

¹² Artikel 14, Absatz 2, Ziffer 2, des Konkordats vom 20. Juli 1933 zwischen dem Deutschen Reich und dem Heiligen Stuhl: „Die Bulle für die Ernennung von Erzbischöfen, Bischöfen, eines Koadjutors cum iure successionis oder eines Praelatus nullius wird erst ausgestellt, nachdem der Name des dazu Ausersehenen dem Reichsstatthalter in dem zuständigen Lande mitgeteilt und festgestellt ist, daß gegen ihn Bedenken allgemein politischer Natur nicht bestehen.“ Vgl. REICHSGESETZBLATT 1933, Teil II, S. 683.

¹³ Nach Artikel 16 des Konkordats vom 20. Juli 1933 zwischen dem Deutschen Reich und dem Heiligen Stuhl hatten die Bischöfe vor ihrer Amtsübernahme „in die Hand des Reichsstatthalters in dem zuständigen Lande bzw. des Reichspräsidenten“ einen Eid zu leisten, mit dem sie dem Deutschen Reich Treue gelobten und versprachen, „die verfassungsmäßig gebildete Regierung zu achten“. Vgl. REICHSGESETZBLATT 1933, Teil II, S. 684.

Am 12. April 1966 erklärte der Apostolische Nuntius, Monsignore Bafile, gegenüber Ministerialdirektor Meyer-Lindenberg, daß im Falle der Ernennung polnischer Prälaten als ordentliche Bischöfe ein Treueid gegenüber der polnischen Regierung „selbstverständlich nicht in Betracht“ käme. Vgl. VS-Bd. 2506 (I A 4); B 150, Aktenkopien 1966.

Dazu führte Ministerialdirektor Thierfelder aus, daß wegen ihrer Nichtanerkennung der alten Diözesangrenzen die polnische Regierung folgerichtig auch keinen Treueid von neu ernannten Bi-

– Ob der Heilige Stuhl in jenem Falle die Bestimmung des preußischen Konkordats über die Mitwirkung des Episkopats im ehemals preußischen Gebiet (Artikel 6 Abs. 1 Satz 1 und 2)¹⁴ eingehalten hat, ist uns nicht bekannt.

In politischer Hinsicht

a) Jeder der drei in Erwägung gezogenen Schritte würde uns vor politische Schwierigkeiten stellen, wobei die Frage, welche politischen Auswirkungen die Ernennung eines in Breslau amtierenden polnischen Kardinals haben würde, an dieser Stelle nicht im einzelnen erörtert werden soll.

Was die Ernennung von Apostolischen Administratoren bzw. residierender Bischöfe angeht, so liegen die politischen Schwierigkeiten auf verschiedenen Ebenen:

aa) Die Bestellung Apostolischer Administratoren (ad tempus) würde zwar die nach dem Reichskonkordat bestehenden Diözesangrenzen de jure unberührt lassen; es würde darin keine Bestätigung der 1945 konkordatswidrig geschaffenen Neuordnung der kirchlichen Amtsbezirke, wie sie von polnischer Seite erwartet wird, liegen. Die Bestellung von Administratoren als kirchenrechtliches Provisorium unterstreicht eher die Vorläufigkeit eines bestehenden Zustandes.

Das schließt jedoch nicht aus, daß von interessierter Seite eine solche Maßnahme – mit historischen Belegen – als ein erster Schritt des Heiligen Stuhls in Richtung auf eine Änderung der alten Diözesangrenzen hingestellt werden wird. Denn davon, daß die Administratoren nicht für das Gebiet der alten Diözesen, sondern für die vier willkürlich geschaffenen Amtsbezirke bestellt werden würden, müssen wir ausgehen. De facto würde sich deshalb in der Tat die konkordatswidrige Neuordnung verfestigen. Außerdem würde der SBZ eine Handhabe gegeben, unter Berufung auf das polnische Beispiel ihrerseits ebenfalls die Bestellung Apostolischer Administratoren (für die in die SBZ hineinreichenden Teile westdeutscher Diözesen) zu verlangen.

Die Ernennung residierender Bischöfe für Breslau und Ermland wäre für uns in dieser Hinsicht eher von Vorteil: Die nach dem Konkordat geltenden Diözesangrenzen blieben nicht nur de jure und de facto unberührt; es würde darin darüber hinaus ein bewußtes Hinweggehen des Heiligen Stuhls über die 1945 konkordatswidrig getroffenen territorialen Maßnahmen liegen.

bb) Im Falle der Ernennung residierender Bischöfe wären die möglichen innenpolitischen Bedenken besonders schwerwiegend.¹⁵ Die deutsche Öffentlichkeit würde die Besetzung zweier deutscher Bischofssitze durch polnische Geistliche als einen Akt der Polonisierung der Ostgebiete betrachten. Die in

Fortsetzung Fußnote von Seite 737

schöfen verlangen dürfte. Allerdings sei offen, ob sie nicht aus propagandistischen Gründen auf einem Treueid bestehen werde. Vgl. die Aufzeichnung vom 15. April 1966; VS-Bd. 2506 (I A 4); B 150, Aktenkopien 1966.

14 Für den Wortlaut des Vertrags vom 14. Juni 1929 zwischen dem Freistaat Preußen und dem Heiligen Stuhl vgl. PREUSSISCHE GESETZSAMMLUNG 1929, S. 152–160.

15 Dazu vermerkte Ministerialdirektor Thierfelder: „Sollten wir dies im Interesse einer vorausschauenden Ostpolitik zulassen, so ist die Gefahr erheblicher Reaktionen insbesondere aus Vertriebenenkreisen nicht zu übersehen. Die Bundesregierung müßte sich für diesen Fall der sehr aktiven Vorbereitung durch den katholischen Klerus – und vielleicht auch durch die evangelische Kirche – versichern.“ Vgl. die Aufzeichnung vom 4. Mai 1966; VS-Bd. 2506 (I A 4); B 150, Aktenkopien 1966.

den Ostgebieten amtierenden Titularbischöfe treten zwar – trotz der nach Kirchenrecht bestehenden grundsätzlichen Unterschiede zwischen Titularbischof und residierendem Bischof – auch gegenwärtig schon nach außen hin wie residierende Bischöfe auf. Immerhin ist jedoch die Wahrnehmung der Bischofsgeschäfte durch einen Titularbischof kirchenrechtlich ein Provisorium.

Für die Bundesregierung läge die besondere Schwierigkeit darin, daß sie an der Bischofsnennung – im Gegensatz zu dem Fall der Bestellung von Administratoren – bis zu einem gewissen Grade „mitwirken“ müßte, indem sie ihr Einverständnis dazu erklärt, daß von den die Ernennung von Bischöfen maßgeblichen Bestimmungen des Reichskonkordats und des preußischen Konkordats abgesehen wird.

b) In die Überlegungen darüber, ob von der Bundesregierung eine solche „Mitwirkung“ trotz der mit ihr verbundenen erheblichen Schwierigkeiten erwogen werden sollte, wären folgende Gesichtspunkte einzubeziehen:

aa) Die Notwendigkeit einer solchen Mitwirkung gäbe der Bundesregierung die Möglichkeit, vom Heiligen Stuhl in diesem konkreten Zusammenhang die öffentliche Erklärung zu verlangen, daß die Diözesangrenzen im Osten bis zu einer friedensvertraglichen Regelung unberührt bleiben.

bb) Die Bundesregierung könnte ihrerseits durch Erteilung ihres Einverständnisses die fortdauernde Zuständigkeit Deutschlands für Konkordatsangelegenheiten im ostdeutschen Raum demonstrieren.

cc) Sie könnte ferner damit unterstreichen, daß ihr Festhalten an den Grenzen von 1937 einer Politik der Aussöhnung des deutschen und des polnischen Volkes nicht entgegensteht.

dd) Eine Stärkung der Kirche in Polen, die von der polnischen Regierung deshalb angegriffen wird, weil sie sich als christliches Bollwerk gegenüber dem Osten betrachtet, läge auch in unserem politischen Interesse.

c) Sowohl in der Bestellung Apostolischer Administratoren als auch in der Ernennung residierender Bischöfe für Breslau und Ermland läge eine klare Absehung an die von polnischer Seite (und der SBZ) neuerdings unter Berufung auf das vatikanische Dekret vom 28. Oktober 1965 „über die Hirtenaufgabe der Bischöfe“¹⁶ mit vermehrtem Nachdruck verlangte Neuregelung der Diözesangrenzen.

Ein gewisser Vorteil für uns bestünde schließlich darin, daß in beiden Fällen die polnischen Geistlichen in den deutschen Ostgebieten gegenüber dem Primas von Polen unabhängiger würden.

Wegen der erheblichen politischen Bedeutung der mit den Plänen des Heiligen Stuhls zusammenhängenden Fragen halte ich deren Erörterung mit den beteiligten Bundesministern für erforderlich.

Botschafter Sattler ist angewiesen worden¹⁷, unter Bezugnahme auf die Bot-

¹⁶ Für den Wortlaut des „Decretum de pastorali episcoporum munere in ecclesia“ vgl. ACTA APOSTOLICAE SEDIS, Bd. 58, Vatikanstadt 1966, S. 673–696. Für den deutschen Wortlaut vgl. LEXIKON FÜR THEOLOGIE UND KIRCHE. Das Zweite Vatikanische Konzil. Dokumente und Kommentare, Teil II, 2. Auflage, Freiburg/Basel/Wien 1967, S. 127–247.

¹⁷ Vgl. den Drahterlaß des Staatssekretärs Carstens vom 17. Mai 1966; VS-Bd. 4191 (Abteilung II); B 150, Aktenkopien 1966.

schaftsrat Jaeschke von Erzbischof Samoré mitgeteilten Erwägungen zu erklären, diese würden von uns geprüft. Wenn wir uns bisher nicht geäußert hätten, so könne das keineswegs als Zustimmung zu etwaigen Plänen des Heiligen Stuhls in dieser Richtung aufgefaßt werden. Wir gingen im übrigen davon aus, daß der Heilige Stuhl einseitige Änderungen des gegenwärtigen Status nicht in Erwägung ziehe.¹⁸

Ich wäre Ihnen dankbar, wenn Sie die beteiligten Bundesminister zu einer ersten Erörterung der Angelegenheit, die ich für eilbedürftig halte, einladen würden.¹⁹

Mit meinen besten Empfehlungen bin ich

Ihr
gez. Carstens

VS-Bd. 5646 (V 1)

¹⁸ Am 21. Mai 1966 erläuterte Botschafter Sattler, Rom (Vatikan), im päpstlichen Staatssekretariat den Standpunkt der Bundesregierung. Erzbischof Samoré erklärte daraufhin, daß der Vatikan noch zu keinerlei abschließenden Plänen gekommen sei und die Angelegenheit jetzt wohl zurückgestellt werde. Keinesfalls aber werde der Heilige Stuhl irgendwelche Beschlüsse fassen, ohne vorher die Bundesregierung zu informieren. Sattler übermittelte seinen Eindruck, „daß die Frage der kirchlichen Verwaltung der deutschen Ostgebiete durch andere, dringendere Probleme aus dem Vordergrund der Überlegungen gedrängt ist und vorläufig wohl nicht so schnell konkrete Vorschläge von Seiten des Heiligen Stuhles zu erwarten sind“. Vgl. den Schriftbericht Nr. 6 vom 25. Mai 1966; VS-Bd. 4191 (Abteilung II); B 150, Aktenkopien 1966.

¹⁹ Am 11. Juli 1966 teilte der Apostolische Nuntius, Erzbischof Bafile, Ministerialdirektor Thierfelder mit, daß er das päpstliche Staatssekretariat über die Vorschläge zur Besetzung der vakanten Bischofsstühle in Ermland und Breslau unterrichtet habe. Das päpstliche Staatssekretariat habe ablehnend reagiert und erklärt, eine Bischofernennung komme nur für Ermland in Frage. Hier sei eine personelle Regelung insofern dringlicher, als der zuständige Kardinal Wilczynski verstorben sei und darüber hinaus die Domkapitularstellen, die de jure von heimatvertriebenen deutschen Geistlichen besetzt seien, polnischerseits für vakant erklärt und neu besetzt worden seien. Staatssekretär Lahr stellte dazu fest, daß sich damit die Voraussetzungen für die Aufnahme von Gesprächen mit Monsignore Bafile über seine Vorschläge entscheidend verschlechtert hätten, „da die positiven Aspekte, die sie zunächst immerhin hatten, im wesentlichen weggefallen sind.“ Vgl. das Schreiben von Lahr vom 18. Juli 1966 an Bundesminister Westrick; VS-Bd. 5646 (V 1); B 150, Aktenkopien 1966.
Vgl. weiter Dok. 409.